

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marzahn, Magdeburg. Verantwortlich für den Inhalt: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Hermann Fabian, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 3, Fernsprecher 961.

Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 M. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis für den Auslandmonatlich 1 Exemplar 1.70 M., 2 Exemplare 2.90 M. In der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljährlich 2 M., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 M. (inkl. Postlohn). Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und alle zwei Nummern 10 Pf. — Zulagengebühr für die sechsbelegte Beilage 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 8192

Nr. 24.

Magdeburg, Donnerstag den 29. Januar 1903.

14. Jahrgang.

## Fangt Gimpel!

Wp. Wie schön haben wir doch die Regierung erkannt, wie bitter unrecht haben wir ihr getan! Wir glaubten, die Kolonialpolitik gehe ihr über Sozialpolitik, die Macht des deutschen Adlers über die Kraft des deutschen Volkes, wir sahen sie schon Stricke flechten, um die Glenden zu knebeln, die nach Brot schreien, da man ihnen Panzerplatten und gezogene Kanonen gibt — und das alles war doch nicht wahr, denn der Reichskanzler selbst hat es uns gesagt, und was von Bülow sagt, ist gut gesagt.

Er riß das Hermelin auf und flüchte es mit Sackemwand. Er zog den Bettlermantel über die Schultern und hielt eine Rede zum Volke — zu dem Böbel, zu der Kanaille, zu den Glenden, zu den vaterlandslosen Gesellen.

Wir warteten die Arbeiter: „Man will Euch das Wahlrecht nehmen!“ — statt dessen erklärte der Reichskanzler, das geheime Wahlrecht sichern zu wollen. Und wenn die Stimmräume in den Wahllokalen nicht längst schon gebaut worden sind, so geschah es wohl nur deshalb, weil man erst genügend Stimmzellen für Prekursor, umstürzlerische Agitatoren und renitente Abgeordnete hat bauen müssen.

Denn mit unserer Agitation ist der edle Graf noch immer nicht zufrieden — ganz und gar nicht. Er verspricht uns die Guld von oben, aber nur, wenn wir uns bessern, d. h. wenn wir den Militärvorlagen zustimmen, den Flottenbauern, willig unser Blut vergießen für die Geldforderungen der Diskontogesellschaften, willig von unsrer Arbeit und von unserm Brot des Beihnten an die Agrarier zahlen und vor dem Gelehrten die Nütze ziehen. Das Sonntagskind wünscht sich eine Sozialdemokratie, die ihm seinen Willen tut. Mit Recht hielt uns der Reichskanzler Monsieur Millerand vor: das zeigt, wie weit wir es noch bringen können — bis zum russischen Orden! Ja, wenn wir das Programm des Grafen von Bülow befolgen, dann braucht die Regierung das Wahlrecht nicht zu ändern, dann werden unsere Abgeordneten nicht mehr eingesperrt, bekommen vielmehr Diäten und vielleicht sogar — kann es höheres geben? — Orden! Wir schlagen vor, einen besonderen Orden für den Reichstag zu schaffen: auf goldnem Grunde einen sich krümmenden Hund, der nach Blüten schnappt, und die Inschrift: „Für positive Arbeit im Reichstag!“

Graf Bülow will der Sozialdemokratie nicht Gewalt antun, nein, — er übergibt ihr bloß im Schmuckkästchen die seidne Schnur, damit sie sich selbst erdrosselt. Was der höchste Vertreter der Regierung nicht weiß und von seinem Standpunkte aus nicht wissen kann, ist, daß die sozialdemokratische Bewegung nicht das Nachwerk einzelner Personen, sondern ein geschichtlicher Prozeß ist, daß die sozialdemokratische Agitation nur der Gicht der Brandung ist, die aus den sozialen Tiefen kommt. Die Staatsmänner wollen den Wellenschaum mit dem Suppenlöffel abschöpfen und dadurch den Sturm besiegen. Und gelingt ihnen das nicht, so wenden sie sich mit Zwangsmitteln gegen die Parteiführer, die doch nur wie der Sturmbogel das kommende Gewitter anzeigen. Unsere Abgeordneten sind die Prügelnaben der Reaktion. Man kann ihnen wohl böses antun, wie die zahlreichen Opfer des Sozialistengesetzes dokumentieren, aber man konnte sie bis jetzt in Deutschland durch Geld und Ehre nicht kaufen, und so wird es auch bleiben.

Die liberale Opposition ist bereits unter dem Hauch der Rede des Reichskanzlers schlapp zusammengelassen. Um so mehr Grund für uns, in Wehr und Waffen zu bleiben. Was geschah doch? Das parlamentarische Kaleidoskop zeigt neue Farben. Soeben düstert und blutig, jetzt lila und grün — bald kommt wieder ein blutiger Strich. Noch vor wenigen Monaten konnten die Optimisten unter uns glauben, die Regierung und die herrschenden Klassen hätten sich wenigstens mit der Existenz der Sozialdemokratie veröhnt. Zwar war die Zuchthausvorlage noch frisch in Erinnerung, aber seitdem herrschte relativer Polizeifriede. Die Sozialpolitiker vollführten unter schmeichlichen Niederberzerrungen den großen Versöhnungsakt der Klassen, die Zeitungsjungen piepsten dazu die Melodie und die Dalai-Lamas der bürgerlichen Gelehrsamkeit schmierzten Honig um die Lippen unsrer Revisionisten. Mit einem Ruck veränderte sich die ganze Szenerie, als wir uns anstachelten, positive Arbeit in unserm Sinne zu leisten, durch Behinderung des neuen Zolltarifs das Volk von unsäglichen Elend freizuhalten. Da waren wir wieder die Staatsfeinde und Umstürzler, und eine reaktionäre Orgie tobte um uns, wie wir sie in den schlimmsten Zeiten des Sozialistengesetzes kaum noch erlebt hatten. Jetzt, da man die Zolltarifvorlage im Saft hat und vor den Wahlen steht und neue Geschütze braucht und neue Steuern ausgeschrieben werden sollen, jetzt zieht man wieder zarte Saiten auf und läßt Arbeiterfreundlichkeit

Die Komödie liegt offen zu Tage. Zum Ueberflus hat die Zentrumspreffe den Eid in plumper Weise verraten. Sie behandelt die Rede des Reichskanzlers, inoffizielle die Verbesserung des Wahlverfahrens, ohne weiteres als Wahlmanöver und freut sich darauf, daß es auf diese Weise gelingen werde, der Sozialdemokratie eine Wahlparole zu entziehen. So viel ist sicher: das Zentrum will noch einmal die Wähler um ihre Stimmen betrügen und bekennt das offen. Ist erst die reaktionäre Mehrheit wieder für 5 Jahre gesichert, dann wird sich das andre schon finden.

Was man von dem Versprechen des Reichskanzlers, das Wahlrecht nicht zu verschlechtern, zu halten hat, weiß man. Hat nicht derselbe Reichskanzler erst vor wenigen Wochen auf das bestimmteste erklärt, an den Mindestzöllen der Regierungsvorlage festhalten zu müssen? Das hat ihn nicht verhindert, den erhöhten Gerstenzoll anzunehmen. Ueberdies — mit der Person des Reichskanzlers verschwindet auch sein Wort. Sodann ist die Aenderung des Wahlrechts nicht der einzige Weg der Reaktion. Das Wahlrecht wird zur reinen Formalität, wenn man den Reichstag aller Machtbefugnisse beraubt. Hier müßte das Zentrum einsetzen, wenn es demokratisch sein will; die Vermüßungen, die es selbst in der Geschäftsordnung des Reichstags angerichtet hat, wieder gut machen.

Wir wollen den Reichskanzler nicht für gescheiter nehmen als er ist. Doch wäre es gewiß im Sinne der Reaktion kein schlechter Witz, die nächsten Wahlen unter möglicher Freiheit stattfinden zu lassen. Die aus den Wahlen hervorgegangene starke sozialdemokratische Vertretung wäre dann zu benutzen, um die Bourgeoisie einzuschüchtern. Aus Angst vor der sozialen Revolution ist der Liberalismus zu allem bereit. Die Reaktion hätte also freies Spiel.

Darum gilt es für uns, mehr denn je auf der Hut zu sein. Die nächsten Wahlen werden eine entscheidende Bedeutung haben. Wir müssen alles anbieten, um die reaktionäre Mehrheit zu brechen, wir müssen aber auch damit rechnen, daß sich eine neue bilden kann. Wir können uns auf niemand verlassen, als nur auf uns selbst, und wir müssen uns zu Kämpfen rüsten, die mehr sein werden als eine Stimmgabelabgabe.

Die neue Bülowische Taktik ist wahrlich nicht originell. Zunderdrot und Peitsche! Hand in Hand mit dem Sozialistengesetz ging die „soziale Gesetzgebung“. Aber die Arbeiter-Versicherung war wenigstens etwas, so lückenhaft und unvollkommen sie auch geblieben ist. Diesmal aber speist man uns nur mit sozialpolitischen Rückversicherungen ab. Dagegen stehen wir vor reaktionären Maßregeln, die viel tiefer in das politische Leben einschneiden werden, als das Sozialistengesetz.

Wozu der eiserne Bismarck zusammenbrach, das wird auch dem pomadigen Bülow nicht gelingen. Das Massenbewußtsein der deutschen Arbeiter bewahrt sie vor Illusionen. Sie gehen nicht auf den Leim des „sozialen Königtums“, und auf alle Versuche, sie zu ködern, antworten sie: Fangt Gimpel! —

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 29. Januar 1903.

### August, keh' zurück! Es ist dir alles vergeben!

Unter dieser Spitzmarke schreibt die „Konf. Korresp.“: „An diesen Plakatseufzer erinnert der Appell, den der Reichskanzler am Donnerstag an den Abgeordneten Nebel und seine Partei richtete, fast unmittelbar, nachdem der sozialdemokratische Führer erklärt hatte, als Republikaner seien die Sozialdemokraten Gegner der Monarchie, aber nicht Gegner der Fürsten.“ Dieser Appell lautete: „Betreten Sie den Boden der Legalität, betreten Sie den Boden der Vernunft, verzichten Sie darauf, Gefühle zu verletzen, die der großen Mehrheit des deutschen Volks heilig sind — und manche Gegenstände können sich mildern.“ Die „Konf. Korresp.“ bemerkt dazu: „Seitdem während der Amtsführung des Grafen von Caprivi der „Mut der Kaltblütigkeit“ amtlich proklamiert worden war, hat man ähnliche, von einem merkwürdigen Optimismus zeugende Worte von leitender Stelle nicht gehört. Sollte wirklich wieder der Caprivische „Versöhnungs“-Geist in der Regierung Einzug gehalten haben?“ Der Appell des Grafen Bülow war sehr überflüssig. „Den Boden der Legalität“ (Gesetzlichkeit) haben wir niemals verlassen; der Boden der Vernunft zu betreten sollte Graf Bülow lieber denjenigen Kreisen raten, welche in größermehrheitiger Form die Sozialdemokratie zu bekämpfen pflegen. Was endlich die Bemerkung anbelangt, wir sollten keine Gefühle verletzen, die „der großen Mehrheit des deutschen Volks heilig“ sind, so pflegten wir höchstens den „Gefühlen“ einer winzigen Minderheit der Bevölkerung!

entgegenzutreten, wenigen Begüterten, deren „Gefühle“ hauptsächlich im Geldsack ihren Ursprung haben. Auch „die Gefühle“ mancher Leute mögen wir zuweilen verletzen haben, welche in dem sicheren Versteck ihrer Macht glauben ganz besonders feinsüßig sein zu dürfen.

Der komische Zorn des konservativen Blattes darüber, daß der scharfsentzerrte antisozialistische Appell des Kanzlers noch nicht scharf genug gewesen sei, scheint auf den Verger darüber zurückzuführen zu sein, daß den Junkern das Recht auf Wahlmogelei, auf unanständige Fälschung des Wahlgeheimnisses entzogen werden soll. In diesem Sinne schreibt sich auch die „Rhein.-Westf. Stg.“ der „Konf. Korresp.“ an, indem sie mit derselben Ueberschrift u. a. schreibt:

Der Staatssekretär nahm die Regierung vor der konservativen Verbannung gegen die Legalisierung des Niderländischen Wahlrechts in Schutz, indem er bemerkte, die Regierung wolle das Wahlrecht „zu einem wirklich geheimen machen“, was führe damit lediglich Sinn und Geist des allgemeinen Wahlrechts aus, sie erfülle einfach eine sittliche und ethische Pflicht.

Die schwere Vorwürfe liegen in diesen Worten gegen das bisherige Verhalten der Reichsleitung. Weshalb hat Graf Caprivi, weshalb hat Fürst Hohenhausen diese „sittliche und ethische Pflicht“ vernachlässigt? Weshalb hat die Regierung bisher unterlassen, „lediglich Sinn und Geist“ des Wahlrechts auszuführen? Man darf nur diese Fragen stellen, um das für die Staatsraison überaus Bedenkliche der Worte des Grafen von Posadowsky zu erkennen. Dann aber werden die Sozialdemokraten kommen und fragen, weshalb die Regierung in der „sittlichen und ethischen Pflicht“, den „Sinn und Geist“ des Wahlrechts auszuführen, nicht weiter geht? Weshalb sie nicht die Wahlminderheit herabschleift, den Frauen das Wahlrecht gibt, die Wahlrechte mechanisch einteilt? Wir erblicken in dem überraschenden Augenblick des Grafen von Bülow an die Linke ein gefährliches Grimassenziehen, vor allen Dingen einen starken Widerspruch gegen des Kanzlers festen Hinweis, daß er ein Schüler Bismarcks sei und auf den bewährten Bahnen dieses großen Meisters der Staatskunst wandeln wolle.

Die „Rhein.-Westf. Stg.“ hat darin recht, daß die Regierung, wenn anders sie den Geist des Wahlrechts durchzuführen wollte, alle Vorschläge der Sozialdemokratie in Bezug auf das Wahlrecht durchzuführen sollte. Indes werden wir natürlich weiterkämpfen und nehmen jede Verbesserung als eine Art Wegzehrung auf dem Wege zu unserm Ziele an.

Wenn die Scharfmacher etwa der Regierung einen Vorwurf daraus machen, daß sie sich dem Willen des Reichstags auf Verbesserung des Wahlverfahrens gefügt hat, so ist das politisch nicht sonderlich klug. Die Regierung lenkt naturgemäß den Groll der Volksmasse über die heutigen Zustände gern vom Bundesrat auf andre ab; drum fügt sie sich zuweilen dem Parlament. Es hat gerade genug Wamagen in letzter Zeit für die Verantwortlichen der Staatsgewalt gegeben; nun mußten sie einmal der „Kanaille etwas bieten“.

Wir Sozialdemokraten kehren aber deshalb nicht reumütig zu den mageren Fleischstücken des vom Grafen Bülow gepredigten sozialen Kaiserthums zurück; unsern Gegnern ist nichts vergeben! —

### Der den Landrat von Willich in den Tod getrieben hat!

Wie wir gestern gemeldet haben, hat der Major a. D. Ende II in der „Deutschen Tagesztg.“ erklärt, dem Selbstmord des Landrats von Willich stünde mit ihm nicht im Zusammenhang. Das „Berl. Tagebl.“ ist aber in der Lage, genaues Material über die Ursachen zu sammeln, denen der Landrat zum Opfer fiel.

Landrat von Willich ist derjenige Mann gewesen, welcher die Unregelmäßigkeiten in der von Herrn Ende II verwalteten Kasse im Interesse der Allgemeinheit an die große Glocke brachte.

Darüber berichtet das „Berliner Tageblatt“ nun:

Darüber erhob sich eine hitzige Agitation der Freunde Ende II gegen Willich. Statt nun den Landrat dagegen zu schützen, ließ man ihn aus Angst vor den hochwägenden Großgrundbesitzern im Stich. Nicht nur dem Landrat, auch seinen Vorgesetzten, insbesondere Herrn v. Bitter, war Kunde geworden von dem Schimpf, den der Agrarierküngel des Rheinbaunier Kreises Herrn v. Willich bei der Kaisergeburtstagsfeier anzutun gedachte; bekanntlich wollten diese deutschen Herren die Feier ostentativ verlassen, sobald Herr von Willich bei dem Feste erschien. Statt es nun darauf ankommen zu lassen und nötigenfalls hinterdrein eine solche Verhöhnung der Staatsautorität an den Agrariern entsprechend zu ahnden, bestimmten, wie die „Nationalzeitung“ erzählt, die vorgelegten Behörden den Landrat v. Willich, er möge sich zum Rücktritt möglichst noch vor Kaisergeburtstag bewegen lassen. Man soll sogar, um ihm den Entschluß zu dieser Feigheit zu erleichtern, eine amtliche Verfügung beverflichtigt haben, die ihn noch vor Kaisergeburtstag von seinem Posten abrief: Ja, diese Bemühungen scheiterten bei noch höherer Stelle als vom Oberpräsidenten unterhinkt worden zu sein: Tatsache ist, daß auf direkte Veranlassung des Reichskanzlers, der Herr v. Willich sehr frühe dem Landrat ein Posten im auswärtigen Dienst angetragen worden war!

Willig ging nicht, weil er sich solcher Feigheit schämte. Wer ehe er die Probe machen konnte, ob ihn der preussische Staat in seinem berechtigten Kampfe gegen die Unmoralität und das antinationale Treiben der Endell-Leute im Stich lassen würde, brach seine sensible Natur zusammen.

Hier finden wir die entsetzliche Geheimgeschichte der Tragödie von Czary, die uns aufs höchste erbittern muß. Was soll man von der preussischen Bureaucratie denken, wenn dergleichen in ihr möglich ist.

Ein höherer Beamter, der Ehrlichkeit und Redlichkeit schätzen soll, deckt Dinge auf, deren Veröffentlichung dem Bund der Landwirte unangenehm ist. Der Bund der Landwirte insultiert den Beamten; die vorgesetzte Behörde aber schützt den bedauernswerten Mann nicht, sondern mutet ihm zu, sich versetzen zu lassen, um feige seinen Feinden zu entgehen.

Und infolge der preussisch-agrarischen Sklaverei greift der Landrat zur Pistole! — Nur der Tod bleibt einem preussischen Landrat, der sein amtliches Verhalten mit den Wünschen des Bundes der Landwirte nicht in Einklang bringen kann. — Der Bund der Landwirte ist die geheime Oberregierung des preussischen Staates! —

## Deutschland.

**Berlin, 27. Januar.** Ueber die Bekämpfung der Kurpfuscherei hat der Kultusminister einen neuen Erlaß an die Regierungspräsidenten gerichtet. Danach sollen Polizeiverfügungen erlassen werden, die über die öffentlichen Anzeigen von nicht approbierten Personen und über die öffentliche Ankündigung von Heilmitteln und verwandten Gegenständen die Bestimmungen enthalten sollen: Öffentliche Anzeigen von nicht approbierten Personen, welche die Heilkunde gewerbsmäßig ausüben, sollen verboten werden, sofern sie über Vorbildung, Befähigung oder Erfolge dieser Personen zu täuschen geeignet sind oder prahlerische Versprechungen enthalten. —

**Ueber das Ende des Reichstages** bringen bürgerliche Blätter lange Artikel. In unrichtigen Kreisen soll man erwarten, daß Reichstag und Landtag ihre Arbeiten bis Ostern beenden haben werden. — Uns erscheint eine solche Beschleunigung der Arbeiten des Reichstages recht unwahrscheinlich. — Die „Deutsche Tageszeitung“ empfiehlt die Reichstagswahlen erst im Herbst stattfinden zu lassen, offenbar wegen der militärischen Einziehung zahlreicher Sozialdemokraten. Uns ist der Wahltermin ziemlich gleichgültig; wir werden auch im Herbst siegen! —

**Ballestrins Aussichten auf Wiederwahl** zum Präsidenten sind durch seine Verurteilung in das Herrenhaus auch noch nicht befestigt, wie wir die bürgerlichen Parteien kennen. Die „Rhein. Westf. Ztg.“ schreibt zwar:

Diese Aussichten sind unmittelbar nach seinem Einschreiten gegen den Abgeordneten v. Boller und dessen Versuch, die jüngste Reichstagswahl gegen die Sozialdemokratie im Reichstagswahlgesetz zu bringen, wieder in den Kreisen der Reichstagsabgeordneten vielfach als Belohnung für Wohlverhalten gegenüber der Krone“ ausgelegt. Diese so schnell erfolgte Belohnung hat daher die Chancen des Grafen Ballestrin in Reichstagskreisen vergrößert.

Dagegen beschränkt sich Eugen Richter in der „Frei. Ztg.“ auf folgende Bemerkung:

Die weit diese kaiserliche Umdeutung des Grafen Ballestrin in seiner Entscheidung beeinflusst wird, das Präsidium des Reichstages bei seiner Wiederwahl neu zu übernehmen, steht dahin. Man darf aber wohl voraussetzen, daß auch von Seiten der Regierung der empfindliche Versuch gemacht worden ist, den Grafen Ballestrin zur Annahme der Wahl zu bewegen.

Der geherrschte Reichstag wird also Ballestrin wiedewählen. Die Geschäftsführung des Reichstages wird nicht mehr von diesem sondern von höherer Seite aus geleitet.

**Ballestrins Lohn.** Nach Meldung mehrerer Blätter ist der bisherige Präsident des Reichstages Graf Ballestrin zum erblichen Mitglied des preussischen Herrenhauses am Geburtstag des Kaisers berufen worden. — In das Herrenhaus gehört Graf Ballestrin auch; Graf Ballestrin und das Herrenhaus sind einander wert. —

**Zur Kritik der Kaiserreden** meint die „Rhein. Westf. Ztg.“, das Plenum des Reichstages müßte dem Präsidenten die Verantwortung zum Teil abnehmen und über die Behandlung kaiserlicher Reden sich verständigen. Hierzu empfiehlt die „Frei. Ztg.“, daß alle kaiserlichen Reden über öffentliche Angelegenheiten besprochen werden dürfen, wenn sie in begründeter Form vorliegen.

Diesmal können wir ausnahmsweise Herrn Richter zustimmen. Die „Deutsche Tageszeitung“ meint:

Von anderer Seite wird aber, wie gesagt, gemeldet, daß überhaupt die Erwiderung aller kaiserlichen Reden und Reden überhaupt. — So natürlich und jedoch nur natürlich, daß die Kaiser Er. Majestät des Reiches nicht in den Tagesberichten besprochen werden, so müssen wir doch anerkennen, daß die Besprechung dafür nicht allein vom Reichstag abhängen werden kann.

In allen Kreisen zeigt sich eben das Bedauern, über den Kaiser zu sprechen. —

**Von der Geheimgeschichte des Falles Krupp.** Die bürgerliche Presse hat so, als wenn sie die Angaben unserer Vorgänger über die Verurteilung Ballestrins durch eine überparteiliche Seite nicht glänzte. Kommissar Dr. „Germann“ nennt die Behauptungen „journalistische Lügen“ und beschränkt den „Sinn“, obwohl Ballestrins Verhalten offensichtlich ist. Er erklärt, daß, wenn es eine „Geheimgeschichte des Falles Krupp“ gibt, es sich um eine Privatangelegenheit handelt, die natürlich im Reichstags nicht besprochen werden kann. Um dies zu belegen hätte Ballestrin nicht erst von uns verlangen zu müssen.

In Zusammenhang mit diesen Artikel der „Germann“ meint die „Tageszeitung“:

Es behauptet nicht Unwahres, überhand nimmt in der Reichstagsdebatte nicht

als den geeigneten Ort erscheinen zu lassen, an dem sensationelle „Enthüllungen“ über einen Toten ausgepackt werden können.

Wir bemerken, daß die Enthüllungen, um die es sich hier handelt, nicht dem Toten gelten. Nicht um die Privatperson des verstorbenen Krupp handelt es sich. Nur über die Rolle eines Lebenden in der Geschichte des Falles Krupp wird wohl noch Neues berichtet werden müssen. —

**Vom neuen Wahlreglement.** Ueber den Inhalt des dem Bundesrat zugewandenen Antrages wegen Aenderung des Wahlreglements werden jetzt weitere Mitteilungen durch die Presse verbreitet. Nach diesen soll die Wahlhandlung künftig bis 7 Uhr statt wie bisher bis 6 Uhr abends dauern; die Kosten des Wahlverfahrens sollen in der Hauptsache die Gemeinden tragen, jedoch soll es den Bundesstaaten überlassen bleiben, die Kosten der erforderlichen Neueinrichtung selbst zu übernehmen.

Die konservativen Blätter klagen wehleidig, daß die armen Gemeinden die Kosten tragen sollen. Natürlich ist es ihnen im Grunde herzlich gleich, ob Reich, Staat oder Gemeinde die paar Groschen aufbringen sollen; die ganze Einrichtung ist ihnen verhasst. —

**Gastpflicht bei Rettungsarbeiten.** In nächster Zeit wird sich der Reichstag mit einem Antrage des konservativen Abgeordneten v. Salisch beschäftigen müssen, den dieser schon vor Schluß der vorigen Session mit Unterstützung einer Anzahl von Parteigenossen eingebracht und der die Entschädigung von Personen, die bei Rettungsarbeiten verunglückt, zum Ziele hat. Dieser Antrag lautet:

Wenn Personen bei Hilfeleistungen infolge polizeilicher Aufforderung nach § 380 Nr. 10 des Strafgesetzbuches oder sonst beim Retten oder Bergen von Personen oder Sachen im Deutschen Reiche oder auf deutschen Schiffen usw. einen Unfall erleiden, so ist für die Folgen Schadenersatz zu leisten.

Unsere Parteigenossen hatten dergleichen stets verlangt, ehe die Konservativen daran dachten. Uebrigens hat die Regierung bei den Beratungen über das Unfallversicherungs-gesetz verprochen, sich diesem Verlangen des Reichstages zu fügen. Vermutlich wird sie ihr Versprechen eudlich erfüllen. Unerhört ist es, wenn brave Arbeiter für ihr mutiges Rettungswerk dadurch „belohnt“ werden, daß sie anlässlich eines dadurch erlittenen Unfalles nicht einmal dieselbe geringe Rente erhalten, die sie anlässlich eines Verunfalls beziehen würden. —

**Vom Venezuela-Konflikt.** Es verlautet, Boven werde im Namen Venezuelas 30 v. S. der Fülle von Puerto Cabello und La Guayra als Sicherheit anbieten. Diese sollten von einer gemischten Kommission erhoben werden, in welche jede Macht einen Vertreter zu entsenden hätte.

Ein weiterer Drahtbericht meldet aus New-York: Nach der „Evening Sun“ verlautet in Wall Street, die Bankiers Seeligman und Speyer hätten sich bereit erklärt, Venezuela 5 bis 10 Millionen Dollar zu leihen. Sie hätten die Versicherung erhalten, daß die Vereinigten Staaten ihren fremdschifflichen Einfluß bei Venezuela für die Rückzahlung der Anleihe, falls sie zu stande komme, aufbringen würden.

Ein weiteres Privat-Telegramm meldet aus Caracas: Der Kapitän des vor La Guayra liegenden britischen Kriegsschiffes ließ die britische Kolonie in La Guayra wissen, die Blockade würde am 28. oder am 29. Januar aufgehoben werden.

**Der Schwarze Adlerorden für einen Kanalgegner.** Herr Georg v. Köller, der frühere Präsident des Abgeordnetenhauses, hat den Schwarzen Adlerorden erhalten. — Köller ist bekanntlich jener oppositionelle Junker, der nach der Maßregelung der Kanalrebellen vor den „Bergen eines Stafford und Polignac“ warnte. —

**Ein dekoriertes Boot.** Der Kaiser hat anlässlich seines Geburtstages dem Kanonenboot „Jlris“ — einem Boot! — den Orden pour le mérite verliehen. Das Boot soll das Abbild des Ordens am Bug und am Flaggenstapel tragen.

In Zukunft werden die mit Orden Beglückten diese Zeichnung also mit leblosen Gegenständen zu teilen haben. —

**Ungeheure Wohnungen und Kündigungsgerecht.** Nach § 541 des Bürgerlichen Gesetzbuches kann jeder Mieter ohne Einholung einer Kündigungsgerecht kündigen, falls die Wohnung demut beizubehalten, daß ihre Benutzung mit einer erheblichen Gefährdung der Gesundheit verbunden ist. Der Mieter kann von diesem außerordentlichen Kündigungsgerecht selbst dann Gebrauch machen, wenn er bei Schluß des Vertrages die gefährbringende Beschaffenheit der Wohnung gekannt oder sogar auf die Geltendmachung der ihm wegen dieser Beschaffenheit zustehenden Rechte ausdrücklich verzichtet hat.

Diese Bestimmung ist auf Antrag unserer Genossen in das Gesetz gekommen und erregt natürlich den Haß derjenigen Hausbesitzer, welche ungeheure Wohnungen zu vermieten pflegen. Kommissar hat das Oberlandesgericht Jena auch einer solchen in der juristischen Zeitschrift „Das Recht“ veröffentlichten Entscheidung erklärt, daß die Gesundheitsgefährdung eine uneheliche und objektive durch die Beschaffenheit der Wohnung, nicht bloß durch die subjektiven Verhältnisse des Mieters bedingte sein müsse.

Diese Entscheidung ist für die Mieter sehr bedauerlich. Sie dürfen eine Wohnung also nicht verlassen, die für sie ungeeignet ist, wenn es nur ein kräftiger Mensch darin ganz gut auskommen kann.

**Seidenindustrie.** Mehrere Berliner Seidenfabriken beschäftigen jetzt Arbeiter der Seidenindustrie, welche die Seidenfabriken darüber zu veranlassen, in welchem Grade der Seidenindustrie hundert oder tausend auf die Gewährung des Seidenindustrie gestützt hat. — Die Seidenfabriken der Seidenindustrie sind so unbedeutend, daß man jetzt mit den Seidenfabriken vergleichen kann, welche den Arbeiter des Seidenindustrie bedauerlich schlecht gegenüber stehen. —

**Katholische Toleranz.** Unter jener Verurteilung lehnte der Kaiser von Nürnberg nach einer Erklärung des „Deutschen Tagesblattes“ das Verlangen des erzbischöflichen Ordinariats ab, einen kaiserlichen Scherz die Verurteilung zur Erklärung des Reichstages

gionsunterrichtes zu entziehen, weil derselbe eine Protestantin heiratete. —

**Vom überhandnehmenden Luxus** plaudert der fromme „Reichsbote“. Er behauptet, daß man zumal in Hofkreisen auf Feste und äußeren Prunk großen Wert legt. — Nobel muß die Welt zu Grunde gehen. —

**Das neue mecklenburgische Toleranzgesetz** ist jetzt amtlich im mecklenburgischen Regierungsblatt publiziert worden. Nunmehr ist es also den Katholiken und Reformierten in Mecklenburg gestattet, öffentliche Gottesdienste zu veranstalten. Bisher wurden die Befenner dieser beiden Konfessionen im Lande des Ochsenkopfes gefürchtet. —

**Von der Kronprinzessin von Sachsen.** Die „Morgenpost“ meldet aus Mentone: Als die Kronprinzessin und Giron Blumeneinkäufe machten, wurden sie von einer großen Menschenmenge, die sich vor dem Blumen-geschäft angehäuft hatte, durch lärmende Rufe verhöhnt. Sie kehrten deshalb in geschlossenem Wagen in ihr Hotel zurück. — Hohes Gestindel gibt es überall! —

Wie aus Wien gemeldet wird, mietete der sächsische Hof die Villa „Imperial“ in Obermais bei Meran für längere Zeit, wie man glaubt für die Kronprinzessin von Sachsen. —

**„Missverständnis.“** Bei einem Festmahl in München hielt am Montag Prinz Ludwig von Bayern eine Rede. Er erwähnte die bekannte Tatsache, daß sich an den Besuch des Kaisers in Nürnberg zur Jubelfeier des Germanischen Museums allerhand Gerüchte von Verstimmungen zwischen ihm und dem Kaiser geknüpft hatten, und erklärte, daß diese Annahme nur auf ein rein äußerliches Missverständnis zurückzuführen gewesen sei. —

## Oesterreich-Ungarn.

### Gebt uns Arbeit und Brot!

Etwa 2000 Arbeitslose hielten am 26. Januar in Prag eine Versammlung ab und zogen nach deren Schluß unter den Rufen „Gebt uns Arbeit und Brot!“ durch die Straßen. Die Sicherheitswache schritt ein, nahm mehrere Verhaftungen vor und zerstreute die Menge schließlich.

Die Verzeigerung der Hungernden hat diese Demonstration herbeigeführt. —

## Frankreich.

### Eine Interpellation

hat der Abgeordnete Deans Cochin wegen der kürzlich mitgetheilten Vorkommnisse bei dem Begräbnis des Mahmud Pascha auf den Pere Lachaise angeklagt. —

### Devoulebe gegen Jaures.

Der ausgetriebene französische Nationalmahlheld Devoulebe, der bekanntlich anlässlich der Affäre Drehsuss-Bola einen General zu einem Staatsstreich öffentlich aufforderte und deshalb verurteilt und nach Verbüßung der Strafe des Landes verwiesen wurde, hält es für angebracht, über die Pyrenäen hinweg seine „warnende“ Stimme als Präsident der „Patriotenliga“ erschallen zu lassen. Er schreibt aus San Sebastian, 24. Januar 1903 an die „Patrioten“ gegen Jaures:

Auf diese verbrecherischen Sophismen antwortet Mühl mit den Maximen unserer Liga, die eben von Henri Martin, Gambetta, Carnot und Jaure unterzeichnet wurden: „Wer seine Mutter den andern Mittern nicht vorzieht, wer sein Vaterland nicht vor das der andern stellt, liebt es nicht. Es ist möglich, daß alle Völker Brüder sind, aber der erste Bruder ist der Franzose. Nicht nur durch die Gewalt der Ideen, sondern durch Schlachten und Siege hat unsere große Revolution die Völker befreit. Nur mit den Waffen kann man wiedergewinnen, was durch die Waffen verloren wurde.“

Frankreich ist an politischen Don Quixotes nicht ärmer wie Deutschland.

### Der Achtstundentag in den Marinewerksstätten.

Die Verordnung des Marineministers Pelletan, wonach in den Marinewerksstätten in Zukunft nur noch 8 Stunden pro Tag gearbeitet wird, ist den Privatindustriellen sehr unangenehm und die Verordnung wird in der kapitalistischen Presse Frankreichs durchweg abfällig kritisiert. Die Industriellen beklagen mit Recht, daß, sobald der Achtstundentag in den Staatswerksstätten eingeführt ist und sich darin bewährt hat, es auf dieser „schiefen Ebene“ immer weiter abwärts gehen werde. Auch die Admirale und sonstigen hohen Beamten der Arsenale scheinen über die Neuerung nicht sehr erfreut zu sein; es ist das an verschiedenen konservativen Maßnahmen, die sie getroffen haben, zu erkennen. So hatten die Direktionen der Arsenale von Cherbourg und Brest die Bestimmung getroffen, daß am Donnerstag 8, am Samstag 5 Stunden gearbeitet werden sollte. Damit sind jedoch die Arbeiter nicht einverstanden, sie verlangen die Einteilung der Arbeitszeit in zwei gleiche Hälften von je 4 Stunden. In Cherbourg, Brest und Toulon haben große Manifestationen stattgefunden, wobei die Arbeiter dem Minister für die Einführung des Achtstundentages ihren Dank aussprechen, sich aber gegen die Maßnahmen der Direktionen wehren. —

## Belgien.

### Aus dem Parlament.

at. Der Senat hat am Ende der letzten Woche seine kurze Session beendet; er räumt seinen Sitzungssaal nunmehr den Deputierten ein, die während der Dauer des Umbaus der Deputiertenkammer im Senatsgebäude tagen. Außer dem Budget hat der Senat noch zwei wichtige Gesetzesentwürfe verabschiedet. Es ist das in erster Linie das Gesetz betreffend die neuentdeckten Kohlenminen in der Campine. Die Sozialisten hatten beantragt, die Bergwerke in Staatsbesitz zu nehmen. Die Liberalen und konservativen Finanziers jedoch setzen durch, daß die Minen der privatkapitalistischen Ausbeutung überlassen werden. Der sozialistische Senator, Theoretik Fiquard, hielt nach am letzten Tage eine glänzende Rede, in welcher er auf alle Kräfte und Schliche hinwies, die bei der Veräußerung der Bergwerke durch Aktien-gesellschaften zu erwarten seien. Er forderte, daß nur ernste, gut fundierte Gesellschaften Koncessionen erhalten, und daß die Bedingungen gestellt werde, daß während der ersten 5 Jahre keine Dividenden ausgeschüttet werden dürften. Der Senator kehrte nach die parlamentarische Mitteilung, daß schon eine große Anzahl von Senatoren und Deputierten Mitglieder von Gesellschaften seien, welche eine Koncession zur Ausbeutung eines Bergwerkes in der Campine nachgesucht haben. Alle diese Warnungsrufe werden ungehört beiseite gelassen, die Jagd um den Profit wird beginnen und die reichen Kohlenlager werden nicht dazu dienen, dem Volke billiges Heizmaterial zu liefern, sondern den Raub einer kleinen privilegierten Klasse bilden.

Das Gesetz betreffend die belgische Ley Heinege wurde, mit einigen Änderungen versehen, vom Senat mit 68 gegen 1 Stimme bei 4 Stimmentzählungen angenommen. Es geht nunmehr an die Kammer zurück.

## Die „Kölnische Zeitung“ lügt weiter.

Die „Köln. Ztg.“ hat jetzt ihre Sprache wiedergefunden; sie schreibt:

Die sozialdemokratische Magdeburger „Volksstimme“ bezichtigt den Urheber unserer Mitteilung in Nr. 62 über das Grunowwerk und die von demselben entlassenen zwei Arbeiter der bewußten Lüge. Wir haben demgegenüber die Erklärung abzugeben, daß der Urheber seine Mitteilung in ihrem ganzen Umfange aufrecht erhält.

Nachdem wir jenen Lügner absichtlich beleidigt und öffentlich an den Pranger gestellt haben, fährt also die „Köln. Ztg.“ fort, frech ihre Lügen aufrecht zu halten. Um die Aktiv-Legitimation zu einer Klage ungewiss zu machen, beschuldigen wir hiermit den verantwortlichen Redakteur der „Köln. Ztg.“, daß er sein Blatt zur Verbreitung frivoler Lügen hergibt.

Wenn jetzt der von uns in dieser schweren Weise absichtlich Beleidigte nicht unverzüglich die Klage gegen uns einreicht oder aber sein Unrecht zugibt, so ist er und sein Blatt in den Augen aller anständigen Menschen ohne Unterschied der Partei gerichtet. —

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 28. Januar 1908.

**Achtung, Schneider!** Bei den Firmen Max Gabriel in Buchau und Adolf Gabriel (früher Wittenberg u. Müller), Magdeburg, Breitenweg 14, sind Differenzen ausgebrochen. Die angebahnten Verhandlungen haben noch zu keinem Resultat geführt. Wie uns soeben noch mitgeteilt wird, hat die Firma bereits einen Gehilfen gekündigt. Man plant also Gewaltmaßnahmen! Die organisierten Gehilfen werden erlöst, das zu beachten.

Die Wahlen zum Gesellenauschuß und zum Innungs-Schiedsgericht finden am Donnerstag den 29. d. M., abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Lokale des Herrn Schulz, Gr. Schulstraße 4, statt. Kollegen, erscheint alle, da unsre Gegner uns überrumpeln wollen! Der Vorstand.

**Der Kampf um zwei Fahnen und Widersprüche des Magistrats.** Der Herbergsvater der Schneidergesellen-Herberge hatte bisher zwei Fahnen der Gesellenvereinigung in Aufbewahrung, die aus dem Jahre 1841 bzw. 1866 stammen. Der Gesellenauschuß beanspruchte nunmehr vom Magistrat die Fahnen für sich, und der letztere entschied nach eingehender Untersuchung am 27. August v. J., daß das Verlangen ein berechtigtes sei. Gleichzeitig wurde der Herbergsvater angewiesen, die Fahnen sofort dem Gesellenauschuß (Mitgesellen Gottschalk) zu verabschieden. Das paßte natürlich den Innungsbräuern nicht und sie beschwerten sich. Daraufhin sprach der selbe Magistrat (beide Entscheide sind vom Oberbürgermeister Schneider unterzeichnet) die Fahnen ein-

mal der Innung zu! Nun sollen die Gesellen die Fahnen wieder herausrüden, wozu sie selbstverständlich nicht die geringste Lust verspüren.

Wie der Magistrat dazu kommt, hintereinander zwei derartig sich widersprechende Entscheidungen zu fällen, ist uns einfach unbegreiflich! Was will der Magistrat denn machen, wenn sich die Gesellen hartnäckig weigern, die Fahnen herauszugeben und sich dabei auf den vernünftigsten der beiden Magistratsentscheide stützen? Wird er uns da das komische Schauspiel bieten, gegen sein eigenes Urteil zu plädieren? Wir sind neugierig, wie er sich aus diesem Dilemma retten wird. —

## Eine wichtige Entscheidung des Landgerichts über kaufmännische Ortskrankenkassen und freie Hilfskassen teilt die „Magd. Ztg.“ heute mit. Die Ursachen des Urteils waren folgende:

Vor einiger Zeit waren gegen eine Anzahl hiesiger Kaufleute Anklagen des wegen erhoben worden, weil sie veranlaßt hatten, daß Angestellte von ihnen nicht der kaufmännischen Ortskrankenkasse, sondern einer freien Hilfskasse beitrugen. Die Strafkammer des Landgerichts hier selbst hat in einem Urteil, welches rechtskräftig geworden ist, über diese Frage folgende Grundsätze ausgesprochen:

„Das Gesetz schränkt den Arbeitgeber in den Vorbedingungen, die er für die Annahme eines Arbeiters überhaupt stellen darf, in keiner Weise ein. Wie es ihm freisteht, Arbeiter, die ihrer militärischen Dienstpflicht nicht genügt haben oder verheiratet sind, zurückzunehmen, so kann er auch die Annahme solcher Arbeiter ablehnen, die einer Hilfskasse nicht angehören. Damit legt er dem Arbeitgeber eine vertragsmäßige Verpflichtung zum Beitritt bei der Kasse auf, noch vereinbart er mit ihm Nachsicht, falls der Arbeiter den Anschluß an die Kasse nicht bewirkt. Der Arbeiter ist nach wie vor frei in seinem Wahlrecht. Zwar büßt er, wenn er sich nicht anschließt, die Möglichkeit ein, bei dem betreffenden Arbeitgeber Beschäftigung zu finden, er erleidet aber keinerlei Rechtsverluste oder Nachteils nachteile, denn er hat eben noch sein Recht auf Beschäftigung. Schließt er sich ferner an und erlangt er die Anstellung, so hat er die Kostenwohl nicht infolge „durch Vertrag herbeigeführten rechtlichen Zwanges“, sondern aus freien Stücken vollzogen, und für die Zukunft ist er nicht gebunden. Der Arbeitgeber kann vielmehr, so lange er nicht das Verbleiben in der Kasse erkennbarerweise als Bedingung der Weitergeltung des Vertrages, beziehungsweise das Ausscheiden als sofortigen Entlassungsgrund vereinbart hat, lediglich in der vom Gesetze gestatteten Weise kündigen. — Zu leugnen ist nicht, daß auch in diesem Falle eine gewisse Beeinflussung auf den Arbeiter ausgeübt wird, das Gesetz hat aber nur die durch „Vertrag“ (Rechtszwang) herbeigeführte Beeinflussung unter Strafe gestellt, und während § 80 bzw. § 82 als Strafgesetz nicht ausgelegt werden. In gleicher Weise ist solche Beeinflussung nicht verboten, wenn sie während des Vertragsverhältnisses erfolgt. Demgemäß findet § 80 ferner keine Anwendung, wenn der Arbeitgeber nur Wünsche äußert, einen Rat erteilt und der Arbeiter den Wunsch erfüllt, den Rat befolgt, ohne hierzu verpflichtet zu sein. Von einer vertragsmäßigen Beschränkung kann niemals die Rede sein, wie denn auch die gesetzliche Vorschrift, daß die entgegen ihrem Verbote abgeschlossenen Verträge nichtig sein sollen, hier nichts vorfindet, worauf sie sich beziehen können. Endlich kann von einer Beschränkung noch viel weniger gesprochen werden, wenn der Arbeitgeber lediglich der vom Arbeiter getroffenen Wahl zustimmt.“

Die vorstehende Entscheidung läßt mal wieder mit aller Deutlichkeit erkennen, daß alle zum Schutze der arbeitenden

Massen erlassenen Gesetzesbestimmungen in ihren Anwendungen durch die folgende Rechtsprechung entweder stark abgeschwächt oder gänzlich beseitigt werden, so daß die Absicht des Gesetzgebers gar nicht verwirklicht wird.

Der erkennende Richter muß in vorliegendem Falle selbst zugeben, daß eine „gewisse Beeinflussung“ vorliegt, aber er fügt gleich hinzu, daß dies nicht den Charakter einer „vertraglichen Vereinbarung“ darstellt, mithin nicht gegen den § 80 bzw. 82 des Krankenversicherungs-Gesetzes verstößt, also zulässig sei.

Verständnisvoll bemerkt denn auch die „Magd. Ztg.“ dazu, daß diese Entscheidung für viele ihrer Leser von Bedeutung sei. Es ist gleichsam ein versteckter Wink, der da besagen will: Nun könnt ihr mit euren Lohnsklaven verfahren, wie es euch beliebt, die Bahn ist frei! Wenn man bedenkt, daß die hiesigen Ortskassen im Interesse der Arbeiterschaft einen jahrelangen Kampf gegen gewissenlose Unternehmer geführt haben, die es fertig brachten, ihre Arbeiter existenzunfähigen und inhumanen Hilfskassen gewaltsam zuzuführen, dann muß man den Ausgang, wie er in dem mitgeteilten Urteil vorliegt, bedauern. Nun liegt es an der Arbeiterschaft, daß sie sich durch Hilfe der Gewerkschaften vor weiteren Brutalitäten des Unternehmertums schützt. —

## Vom Magdeburger Trinkwasser. Von unschätzbaren offiziellen Seite erhalten die „Magd. Ztg.“ folgende bemerkenswerte Zuschrift über die Wasserbereitung:

Die Wasserbereitung Magdeburgs ist nach zuverlässigen Nachrichten ganz richtig in ein neues Stadium getreten. Bis her kam man nur nach den einfachen Bedingungen in der näheren und weiteren Umgebung unserer Stadt nur noch das Grundwasser aus dem Fließer Bruch ernstlich in Frage. Und wie sehr dieses Wasser die Mütter der Steuerzahler erregt hat und fortwährend erregt, darüber haben wir wiederholt berichtet. Und in der Tat, die Fernwasserleitung von annähernd 50 Kilometern Länge nur zu sehr geeignet, alle möglichen Befürchtungen der Bürgerschaft wachzurufen, umfomehr, als den bis dahin kontrollierbaren Gutachten von allerdings namhaften Sachverständigen anderer, besonders praktischer Sachverständiger entgegen, die die Fließer Bruchwasserleitung für außerordentlich erklärten und auf die großen Gefahren aufmerksam machten, die in der fragwürdigen Qualität und in der unzulänglichen Quantität des neuen Wassers hauptsächlich begründet waren. Die schätzbare Bedenken erweckte aber der gar nicht zu übersehende Kostenpunkt, bei dem von der erstmaligen Anlage, die man bis zu 16 Millionen schätzte, abgesehen, die voraussichtlich jährliche Kosten von 1,5 Millionen und aus der Wasserentziehung mit allen denkbaren Folgen resultierenden Schadenersatzansprüchen eine bedeutende Rolle spielten. Besonders was man die Erfahrungen hin, die man nach beiden Richtungen hin gemacht hat, und der Wasserleitung dahin gemacht hat. — Jetzt ist es als wenn unsre Stadt mit einem Male aller der Schwierigkeiten entworben sollte, die eine von der Erde abgehende anderweitige Wasserversorgung notwendigerweise im Gefolge haben muß. Und sich unter Führung eines unserer Großindustriellen ein Wasserortium gebildet, das unter der Hand Erhebungen angestellt hat, wie der periodisch auftretenden Wasserfalamität Magdeburgs endgültig abzuhelfen sei. Und diese Erhebungen sind, weil von praktischen lokalhändigen Sachverständigen vorgenommen, von Erfolg gekrönt gewesen. Man hat, etwa 17 Kilometer südlich von Magdeburg, Grundwasserströme gefunden, die ein nach jeder Richtung tadelloses Wasser in mehr denn genügender Ergiebigkeit liefern, und bei denen jeder Gedanke an ein Verfügen oder eine

## Fenilleton.

Nachdruck verboten.

### Kenilworth.

Roman von Walter Scott.

Das dem Englischen überfetzt von E. von Gosenhausen, durchgesehen und bearbeitet von F. Federsani-Weber.

(37. Fortsetzung.)

„Du bist ein Narr,“ antwortete Tressilian; „Dein Vetter ist zu gering für einen Mann, und warum glaubst Du denn, daß ich mit jemand Streit gehabt habe?“

„O Herr,“ sagte der Gastwirt, „auf Eurem Kinnbacken war ein roter Fleck, der von einem Handgemenge so gewiß zeugt, wie die Vereinigung des Saturn und Mars Unglück bedeutet — und als Ihr zurückkam, saß die Schnalle Eures Gürtels vorn, Euer Schritt war hastig und alles zeigte an, daß Eure Hand und Euer Schwertgriff kürzlich miteinander zu tun gehabt hatten.“

„Nun, mein guter Wirt, wenn ich auch genötigt wurde, mein Schwert zu ziehen,“ sprach Tressilian, „warum muß denn das Dich aus Deinem Bett mitten in der Nacht treiben? Du siehst, die Gefahr ist vorüber.“

„Mit Gungl, das ist's, woran ich zweifle. Antony Foster ist ein gefährlicher Mensch, denn er hat mächtige Gönner am Hofe, welche ihn schon aus manchen verwilderten Umständen zogen. Und dann mein Vetter, ich habe Euch ja bereits gesagt, was an dem ist — haben diese beiden Kumpane ihre alte Bekanntschaft erneuert, so fürchte ich, mein verehrter Gast, es geschah auf Eure Kosten. Ich sage Euch, Michael Lambourne hat sich bei meinem Stallknecht genau danach erkundigt, wann und welchen Weg Ihr reiten werdet. Drum bitte ich Euch, denkt nach, ob Ihr etwas gesagt oder getan habt, weshalb sie Euch aufpassen und Leids antun möchten.“

„Du bist ein ehrlicher Mann, mein guter Wirt,“ sagte Tressilian, nachdem er einen Augenblick nachgedacht hatte, „und ich will offenerzig mit Dir reden. Wenn die Bosheit dieser Menschen gegen mich gerichtet ist — eine Möglichkeit, die ich nicht leugnen will — so handeln sie nur auf den Antrieb eines mächtigen Bösewichts.“

„Ihr meint Herrn Richard Barney, nicht wahr?“ fragte der Wirt, „er war gestern zu Cumnorplace, und so heimlich

er auch kam, hat ihn doch jemand gesehen und es mir wieder erzählt.“

„Den meine ich,“ sagte Tressilian.

„Dann, mein werter Herr Tressilian, nehmt Euch um Gotteswillen in acht,“ sprach der ehrliche Gosling. „Dieser Barney ist der Beschützer und Gönner von Antony Foster, der unter ihm und durch seine Gunst das Herrnhaus und den Park in Pacht bekommen hat. Barney erhielt einen großen Teil von den Ländereien der Abtei von Whingdon, unter andern Cumnorplace, von seinem Herrn, dem Grafen von Leiceister. Die Leute sagen, er könne alles mit ihm machen, obgleich ich den Grafen für einen zu edlen Edelmann halte, als daß er den Barney zu solchen Dingen brauchte, wie gesprochen wird. Nun kann aber der Graf alles mit der Königin machen, das heißt alles, was recht und schicklich ist, Gott segne sie. Ihr seht also, welchen Feind Ihr Euch gemacht habt.“

„Es ist geschehen und nicht mehr zu ändern,“ antwortete Tressilian.

„Zum Ausdruck! aber es muß auf irgend eine Art geändert werden,“ rief der Wirt; „Richard Barney ist wegen seines Einflusses auf Mylord und wegen seiner Ansprüche auf so manche alte und drückende Rechte des Abtes so sehr gefürchtet, daß die Leute kaum seinen Namen zu nennen wagen, viel weniger werden sie seine Pläne durchkreuzen. Ihr könnt dies auch aus den Gesprächen vom letzten Abend entnehmen. Die Leute sagten von Long Foster, was sie wollten, aber kein Wort von Richard Barney, obgleich jedermann glaubt, daß er hinter dem Geheimnis wegen der hübschen Dirne steckt. — Vielleicht mißt Ihr mehr von der Sache als ich; denn obgleich ich die Weiber keine Schwerter tragen, sind sie doch oft schuld daran gewesen, daß manche Ringe, statt in eine Scheide von Rindsleder, in Fleisch und Blut gesteckt wurde.“

„Ich weiß in der Tat mehr von jener unglücklichen jungen Dame, als Du, mein freundlicher Wirt, und so arm bin ich jetzt an guten Freunden und gutem Rat, daß ich Dich zu meinem Vertrauten machen und Dir die ganze Geschichte mitteilen will, um so mehr, da ich alsdann eine Gefälligkeit von Dir zu erbitten habe.“

„Mein guter Herr Tressilian,“ sprach Giles, „ich bin nur ein armer Gastwirt und kann einem solchen Gast, wie Ihr seid, wenig guten Rat geben; aber so wahr, wie ich damit

anständig durch die Welt gekommen bin, daß ich gutes Maß und billige Rechnungen gab, so wahr bin ich ein ehrlicher Mann, und als ein solcher, wenn nicht fähig, Euch gutem Rat zu geben, doch Eures Vertrauens wert. Sprecht darum mit mir offen wie mit einem Vater, und seid gewiß, daß meine Neugierde, denn ich will das nicht verleugnen, was zu meinem Berufe gehört, von meiner Verschwiegenheit im Raum gehalten werden wird.“

„Ich zweifle nicht daran, mein lieber Wirt,“ antwortete Tressilian, und sann einen Augenblick darüber nach, wie er seine Erzählung anfangen sollte. „Während sein Zuhörer in gespannter Erwartung aufhorchte, sagte Tressilian, sprach der Erzähler endlich, „muß ich ganz verständlich zu sein, einige Zeit zurückgehen. Ich bin gewiß, mein guter Wirt, von der Schlacht von Tewkesbury, und vielleicht auch vom alten Sir Roger Robbarts, der in jener Schlacht sich so tapfer für Heinrich 7., den Bräutigam der Königin, schlug, und den Graf von Lincoln, den Lord Geraldin mit seinen wilden Irländern, und die Normanden, welche die Herzogin von Burgund in dem Streit des Lambert Simmel herüberbrachte, völlig besiegte.“

„Ich weiß mich auf beides gar wohl zu besinnen,“ sprach Giles Gosling; „es ist wohl zwölftmal die Woche auf meiner Bierbank in Walladen gesungen worden. Sir Roger von Devon, o ja, war dem fingen die Garfner bis auf diese Stunde.“

„Es war die Mum' von Stokes Feld,“ antwortete Tressilian, „als Martin Swart lag tot; stand in der blauen Schlacht ein Feld, ein Feld in Sturmesnot.“

„Ja, und von dem Martin Swart habe ich meinen Großvater sprechen hören und von den lustigen Mennanen, die er kommandierte, mit ihren aufgeschlitzten Bärsfüßen und netzen Weinfleibern, alle mit Wändern um's Arme bezeugt. Hier wurde ein Lied von Martin Swart gesungen, ich weiß es noch:“

Martin Swart und seine Leute,  
Rüßtet sie, rüßtet sie,  
Martin Swart und seine Leute,  
Rüßtet sie wohl aus.

„Schön, mein guter Wirt, es wurde viel davon gesprochen, aber wenn Ihr so laut singt, werdet Ihr mehr Sorgen herbeirufen, als ich zu Vertrauten machen darf.“ (Fortsetzung folgt.)

Verflechtung ausgeschlossen ist. — Aber noch mehr; das Kon-  
fession ist bereit, das neue Wasserwerk und die Rohrleitung auf  
eigene Kosten zu bauen, der Stadt das Wasser für ihr Abwasser  
zu liefern, ihr den bisherigen Ueberdruck aus dem Wasserwerk zu  
garantieren und ihr nach vielleicht 6—10 Jahren die ganze An-  
lage zum Selbstkostenpreis zum Verkauf zu offerieren. Das Unter-  
nehmen soll bereits bis zu einer Vorlage an die Stadtverordneten-  
Versammlung geblieben sein. Es würde Magdeburg mit einem  
Schlage von allen Schwierigkeiten befreien und jedes finanzielle  
Nisbo ausschließen, auch der nur zu begründeten Erregung der  
Bürgerchaft sofort ein Ende machen.

Wenn sich das bewahrheitet, was hier optimistisch prophe-  
zeit wird, dürfte es zur Beseitigung der ständigen Wasser-  
kalamität sehr vorteilhaft sein. Man wird aber erst abwarten  
müssen, wie die angebl. bereits fertige „Vorlage an die  
Stadtverordneten“ beschaffen ist. —

— Was sollen Arbeiterfamilien lesen? Von der illustrierten  
Romandibibliothek „In Freien Stunden“ liegen die Hefte 3 und  
4 des neuen Jahrgangs vor. „Der Goldmensch“, ein vollständiger  
Roman des ungarischen Dichters M. Jolai, erscheint als Hauptroman  
„Der Goldmensch“, der Held des Romans, führt ein Leben der mäh-  
festigsten Arbeit. An ein Weib geteilt, dessen Reichthümer er sich ange-  
eignet, kann er die Liebe dieses Weibes, die ihr Herz einem andern  
geschenkt, nicht erringen. Ihre Dankbarkeit, ihre Ehre, ihr Leben, nicht  
aber ihre Liebe gehört dem Manne, der sie von Schimpf, Demütigung  
und Mißhandlung ihrer Nebenbuhlerin gerettet, der dreimal sein Leben  
für sie in die Schanze geschlagen. Und neben diesem bei all seinen  
Reichthümern tief elenden und unglücklichen Leben führt der Goldmensch  
auf der wilden Romanzinsel ein Leben des reinsten Glücks, der  
bessellendsten Liebe mit dem Naturkinde, das nicht fragt nach seiner  
Vergangenheit, seiner Stellung draußen in der Welt, das nur lebt im  
Glück der Gegenwart, indes er in ewiger Angst schwebt vor der Ent-  
deckung seines wahren Namens und in steter Sorge, daß jeden Augen-  
blick die Intrigen seiner Feinde sein Glück zerstören können, bis sein  
auf einen Unglücksfall zurückgeführtes Verschwinden seinem Weibe und  
ihm die Freiheit gibt.

Neben diesem Hauptroman gelangt die schlichte, hauptsächlich die  
Jugend schmelzende Erzählung der beiden beliebten Schriftsteller Erd-  
mann-Chartrian: „Frau Theresje“ zum Abdruck, worin dem  
Leser die Zeit der großen französischen Revolution mit ihren die  
Massen begeisterten Ideen der allgemeinen Völkerbefreiung und Völker-  
verbrüderung vor Augen geführt wird.

Die Hefte erscheinen wöchentlich zu 10 Fig. Bestellungen nimmt  
jeder Kolporteur, sowie die Expeditionen der Parteiblätter und die  
Post (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3355) entgegen. Wir können unsern  
Lesern das Abonnement nur empfehlen. In Magdeburg sind die Hefte  
zu haben in der Buchhandlung Volkshilfe und bei deren Kolporteur.

— Die Lügner sind verstummt. Es war voraus-  
zusehen, daß die „Köln. Ztg.“ mit ihrer von uns ange-  
zogenen Lügennotiz arg in Verlegenheit kommen würde.  
Auch sie war eben wie alle Fremde nur die Volkstreckerin  
fremder Ansprüche und mußte blind handeln — auf Be-  
fehl. Aber daß sie, obwohl wir unser Blatt schon am Sonn-  
abend ihr hingesandt, zwei Tage lang trotz unserer Hiebe  
völliges Stillschweigen übte, hätten wir nicht für möglich  
gehalten. Aber es ist ja auch besser so. Besser, die „Köln.  
Ztg.“ gesteht stillschweigend ein, daß sie sich hat für ein  
infames Lügenmanöver mißbrauchen lassen, als daß sie —  
wie seiner Zeit die „Magdebur. Ztg.“ sich durch verschraubte  
„offizielle Darstellungen“ noch mehr blöthellen ließe.

Auch der „Darmstädter“ und einige andre Parteiblätter  
nagten die kölnische Lüge auf Grund unseres Sonn-  
abend-Artikels öffentlich fest und man kann neugierig sein,  
ob die Fabrikanten der Lügennotiz jetzt immer noch nicht  
aus ihrem sicheren Versteck heranspringen werden. Mit der  
jetzigen Kneiperei (siehe an der Spitze der Beilage) dürfte die  
Sache doch nicht abgetan sein.

Unser Offenbacher Bruderorgan bringt die Notiz  
unter der Ueberschrift „Nationalliberaler Schwindel“  
und bemerkt dazu: „Die Magdeburger „Volkstimme“ hätte  
ärger beleidigen können, eine Klage wird nicht erfolgen.  
Dagegen wird das gesamte Reptilienreich die kölnische Lügen-  
notiz freudig aufnehmen.“

Es ist ein neuer Schlag ins Gesicht der Gruppenver-  
waltung, daß die letztere Vermutung unres Parteiblattes  
nicht einmal zutrifft. Soviel wir bisher übersehen konnten,  
haben nicht einmal die fanatischsten Schamacherblätter die  
Lügennotiz der kölnischen des Abdrucks für würdig befunden.  
Das Fiasko der Krupp-Presse ist ein vollständiges! —

### Kleines Feuilleton.

— Der Dichter Wilhelm Jordan, Verfasser des „Nibelun-  
gen“ und vieler anderer Dramen ist gestern abend in Baden-Baden  
im 84. Jahre alt, infolge eines Schlaganfalls gestorben.  
Er war 1845 Mitglied des Frankfurter Parlaments und wurde  
hauptsächlich dadurch bekannt, daß er seine Worte selbst in allen  
Stücken der Welt mit vielstem Erfolg vortrug, und die Jugend,  
die in ihm den großen Redner sah, mit sich führte. Wie  
alle großen Dichter hat er auch einen „Haar“ geschrieben, und  
zwar als Epos, nämlich sein „Nibelungen“. Neben  
ihm von fantastischen Geschichten in Dichtungen angelegten Gesen-  
den glaubt man es bald ab und baldige fernen Dorn, weshalb  
ihm die große Ehre zu teil wurde, als „Held“ aus dem  
französischen Kaiser ausgesprochen zu werden. In den letzten  
Jahren lebte er zurückgezogen in Jena. —

— Was ist ich? In Dresden wird, wie wir  
der „Dresdener Arbeiter-Zeitung“ entnehmen, im Verein für Ge-  
sundheitspflege ein angesehener Heilwurm in der nächsten Sitzung  
in „Reichthum“ stattfindende Versammlung Herr Schindler  
Hauptmann Siegent, der jüngsten für einen hundertjährigen Mann  
von unermesslichem Wohlstande mit einem Jahre behaftet  
wäre, über das Thema vortragen. „Was ist ich?“  
— Komisch wird sich die Diskussion gestalten zu diesem Vor-  
trag werden und gewiß die Versammlung jeder neugierig  
wichtige Frage werden. —

— Ein offener Briefwechsel mit der „Köln. Ztg.“  
ist (siehe S. 2) in der Zeit der Schöpferin des  
Krieges an der Spitze in einer ungeschicklichen Weise von der  
Kölnischen Zeitung worden. Man wird sich wundern, wenn man  
Gelegenheit hat, den Brief zu lesen. Besonders merkwürdig ist eine  
1. Seite lange und 22 Zeilen langer Briefwechsel. In  
dem in dem Brief angeführten Schreiben finden sich auch  
einige sehr wichtige Punkte, die auf eine neue Verständigung  
zwischen Köln und Magdeburg hinzielen. Nach der sehr großen  
Anzahl der Briefe, die die Kölnische Zeitung an der Spitze  
von Magdeburg geschickt hat, ist die Kölnische Zeitung  
von Köln zurückgekehrt. Seit jener Zeit ist durch keine Be-

— Vortrag über Alkoholismus. Der Verein „Magdeburger  
Jugendklub“ veranstaltet am 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der  
Halle der neuen Auguststraße, den ersten seiner drei  
beabsichtigten Vorträge. Herr Dr. med. W. Friedberg wird über  
die Schäden des Alkohols im Brauches sprechen und seinen  
Vortrag mit Lichtbildern erläutern. Da der Eintritt für jedermann,  
auch für Nichtmitglieder, frei ist, ist zu vermuten, daß ein zahlreicher  
Kreis die Gelegenheit, sich über den Wert und Unwert des Alkohols  
von kompetenter Seite aufklären zu lassen, gern benutzen wird. —

— Im Stadt-Theater wird am Donnerstag die Balletpanto-  
mime „Der Karneval von Venedig“ zum ersten Male aufgeführt.  
Am Freitag wird die Oper „Der Prophet“ mit Fräulein Leonore  
Kelle vom Theater des Bestens in Berlin als Gastschauspiel  
am Sonntag findet die Premiere von „Werther“, Oper von Massenet, statt.

— Zirkus Carrasani. Mit dem Umbau des Zirkus ist bereits  
begonnen worden, sobald die Vorstellungen am 31. beginnen. Durch  
Entgegenkommen der Direktion der elektrischen Straßenbahn werden  
nach Schluß der Vorstellungen für die Besucher stets eine Anzahl Wagen  
bereit gehalten. —

### Provinz und Umgegend.

Kreis Wanzleben, 27. Januar. (Versammlungs-  
bericht.) Am Sonntag den 25. Januar tagte im Erblebenschen  
Saale zu Ferrier die eine Mitgliederversammlung des Sozial-  
demokratischen Vereins für den Kreis Wanzleben, Filiale Salze  
und Westhausen.

Genosse Koch hob hervor, daß er infolge des Verhaltens des  
Amtsvorstehers Schmidt nicht in der Lage gewesen sei, als Gemeindevor-  
sitzer seinen Wählern Bericht zu erstatten. Den Kassenericht gab  
Genosse Gerde. Danach waren am Schlusse des Jahres in der  
Lokalasse 48,70 Mark vorhanden, was durch die Revisoren bestätigt  
wurde. Mitglieder zählte die Filiale 47. Es wurde der Beschluß ge-  
faßt, ein Flugblatt für die beiden Orte auszugeben, um mehr Mit-  
glieder für den Verein zu gewinnen. Hierauf wurde der bisherige  
Vorstand einstimmig wiedergewählt. —

— Nüchternleben, 28. Januar. (Die Arbeits-  
losigkeit.) wie sie durch die Erhebungen seitens des  
Gewerkschaftsvereins festgestellt worden ist, hat nur geringe  
Abhilfe seitens der Behörde bis heute gefunden. Die Zahl  
der Arbeitslosen betrug nach dieser Feststellung über 230,  
wobei wohl bestimmt behauptet werden kann, daß die tat-  
sächlich Arbeitslosen die Zahl von 300 erreichen. Hierfür  
sind Arbeiten in Angriff genommen, wobei bis höchstens  
90 Arbeiter Beschäftigung gefunden, welche aber auch nicht  
ständig beschäftigt werden. Es werden allwöchentlich 10—12  
Arbeiter neu eingestellt, wofür die gleiche Zahl wiederum acht  
Tage anzusehen muß. Der zu zahlende Lohn beträgt 1,40 Mark  
und ist die Arbeitszeit von morgens 7 bis abends 5 Uhr,  
wobei sich ein Stundenlohn von 16 Pfennig ergibt. Daß  
dieser Lohn absolut nicht ausreicht, auch nur die allernot-  
wendigsten Lebensbedürfnisse zu bestreiten, an Kleidung und  
Fremdung, an Miete und Steuern gar nicht zu denken, bedarf  
wohl keiner weiteren Berechnung. Und dabei beträgt der  
ortsbüchliche durchschnittliche Tagelohn 2 Mark! —

Magdeburg, 27. Januar. (Versammlungsbericht.) Am  
Sonntag den 18. Januar fand eine öffentliche Arbeiterversammlung  
im G. Sittenergasse Lokal statt. Arbeiterkreise Genosse Gildener-  
berg-Saale führte an der Hand von Beispielen aus seiner Praxis den  
Angehörigen die Bedeutung der Unfall- und Invaliden-Versicherung  
vor Augen und wies auf die Bedeutung der Arbeiterkassensätze hin.  
An einem vorläufigen Rapport fand Herr Wittenberg Gefallen,  
welcher für gewöhnlich „Kamerad Partei“ angehört. Er fand nur Worte  
der Anerkennung. —

Segeln, 28. Januar. (Er braucht die Arbeiter  
nicht.) Der Besitzer des Lokals „Stadtpark“ gibt öffent-  
lich bekannt, daß er sein Lokal zu „Versammlungen, welche  
extremen, politischen Zielen dienen“, nicht mehr hergibt.  
Die Arbeiter wissen nun, woran sie sind. —

Halberstadt, 28. Januar. (Achtung, Kartell-  
delegierten!) Wir machen die neuergewählten Kartell-  
delegierten darauf aufmerksam, daß sie zu der am Donner-  
stag abend stattfindenden Sitzung ihre Mandate mitbringen  
müssen. —

Halberstadt, 28. Januar. (Gegen die Wider-  
sinnigkeiten des Duells) wendet sich Freiherr

v. Bönigk in einem Rundschreiben. Er nimmt Bezug  
auf den von uns gemeldeten Fall Ahe-Schleswig und führt  
u. a. sehr richtig aus:

„Gerade bei diesem ernststen Duellfalle (die Ursache war  
die Verführung einer Dame) tritt die Unzulänglichkeit des  
Duells deutlich zu Tage. Das Resultat ist doch ein rein  
negatives. Der Beleidigte ist tot, kann also auch nichts  
mehr gut machen. Was ist denn für die Ehre der un-  
glücklichen und genug bestrafte Dame damit geschehen?  
Gar nichts! Im Gegenteil, das Duell hat die Auf-  
merksamkeit der gesamten Presse auf sie gelenkt. Nur dem  
Begriffe der Blutrache, dessen Reste hier deutlich zu Tage  
treten, ist Rechnung getragen worden. Ja, zu dem vorhan-  
benen Unglück ist noch die Gewissensunruhe getreten, das Glück  
vieler zerstört, Kinder ihres Vaters, ein wackerer Bruder  
seiner Seelenruhe beraubt, eine Ebtung verschuldet zu haben.  
Und dann: was für eine Vogit liegt darin, jemand, der  
mich beleidigt, die Möglichkeit, ja sogar das Recht zu bieten,  
mich auch noch zu erschließen? Wie, wenn der erste Schuß  
nicht so sicher sein Ziel erreicht hätte und der zweite Schuß  
den andern, den vermeintlichen „Rächer“ dahingeführt hätte?  
Dann wäre wieder einmal wie voriges Jahr in Springe  
der Konjens des Duells hell zu Tage getreten. Das Duell  
ist also, wie wir gerade hier im Falle Ahe wieder erkennen,  
kein geeignetes Mittel, sich zu „rächen“ oder die „Ehre“  
irgendwie zu wahren. Es ist zu unlogisch, weil es den  
Ausgang völlig dem Zufall in die Hand legt. Es macht  
den Ausgang von Bedingungen, die gar nichts mit der Ehre  
zu tun haben, abhängig; es vermehrt nur noch das Unglück.“

Diesen Ausführungen kann man ohne weiteres zu-  
stimmen. Sie würden aber noch wirksamer sein, wenn damit  
nicht gleichzeitig wieder die Forderung neuer Straf-  
bestimmungen zum stärkeren Schutz der Frauenehre verbunden  
würde. Soweit die Frauenehre gewaltsam angetastet wird,  
bieten die Gesetze dagegen sehr starke Strafmöglichkeiten, wo  
aber ein Zwang nicht vorliegt, wird auch der Strafrichter  
bei noch so harten Strafen nicht zu einer Verurteilung  
schreiten. Die beste Abhilfe ist die, daß die Gesellschaft  
dazu erzogen wird, einen Schurken auch als Schurken zu  
behandeln, statt ihm die Möglichkeit zu lassen, sich „ehrlieh  
zu schlagen“. Die Respektierung durch das Duell ist der  
Krebschaden. Und eben deshalb wird Herr v. Bönigk auch  
noch lange tauben Ohren predigen. —

Halle, 28. Januar. (Die Halle'sche Polizei-  
Verwaltung als Sittenwächter) hat wieder  
einmal Fiasko gemacht. Der Polizeiwachmeister E. Martin  
von hier, der von seiner Frau getrennt lebt, sah sich infolge  
seiner Gebrechlichkeit genötigt, zu seiner Unterstützung eine  
Wirtshauskellnerin in sein Haus zu nehmen. Durch alberne  
Hauskutschereien war er bald in den trüben Verdacht des  
Konkubinats geraten und die wohlwollende Polizei-Verwaltung  
von Halle glaubte zur Rettung der bedrohten Sittlichkeit  
nichts eiligeres tun zu sollen, als eine Verfügung auf Auf-  
lösung dieses Verhältnisses zu erlassen. Der Wachmeister  
klagte gegen die Polizei-Verwaltung beim Bezirks-Anschuß  
in Merseburg auf Aufhebung der Verfügung. Nach mehr-  
fachen nichtöffentlichen Verhandlungen hob auf Grund der  
Zeugenaussagen der Bezirks-Anschuß die polizeiliche Ver-  
fügung auf und legte die Kosten des Verfahrens der Be-  
klagten zur Last. —

Landesberg bei Halle, 28. Januar. (Ein Polizei-  
stückchen gegen gut patriotische Bürger.) In der  
„Saale-Ztg.“ lesen wir: „In der Oktober-Versamml-  
ung des hiesigen Bürgervereins für städtische Inter-  
essen hatte einer der überwachenden Beamten versucht, in die  
Verhandlungen hineinzureden und nach Schluß derselben  
die zu Beginn der Versammlung schon kontrollierte Anmelde-  
bescheinigung nochmals einzusehen. (!) Ebenso erhob er An-  
spruch darauf, die eingegangenen Fragezeitel einzusehen, was  
ihm natürlich verweigert wurde. Gegen dieses gänzlich un-  
gerechtfertigte Verhalten, das aber die Befugnisse des über-

wachenden vollständig der alte Teil der hiesigen Tafelchen  
der Schlichter wieder aufgegeben wurden. Er schätzte die  
Bibliothek ursprünglich auf 15000 Tafelchen, die er mit seinen  
Angehörigen übergeben wird.

„Der Inhalt der von uns erlangten Tafelchen“, sagt Pro-  
fessor Hilbert, „bildet die Ideen der Welt über den Stand der  
Wissenschaften und die Kenntnis eines tüchtigen Volkes völlig an-  
dem. Man wird sehen, daß die Schlichter 200 Jahre vor der  
heutigen Wissenschaft standen, daß die Erde rund ist, und daß  
die Menschen dieselbe Ansicht wie wir über die Wunder des  
Himmels haben. Nichts ist uns unbekannt, was jedem über-  
aus gewöhnlich ist. Wir haben noch keineswegs die  
ganze Welt beherrscht, sondern nur einen Teil. Der Mensch  
kann nicht in das Reich der Unwissenheit von Panjoly-  
denen gelangen. Der Mensch ist in jeder Zeit nicht  
einmal ein wenig Fortschritt, er war auch Stufe und  
Mittel. Die Forscher waren die Lehrer oder Jünger der Wissen-  
schaften, und deshalb bestand die Wissenschaft im Wandel. Die  
Fortschritte der von uns erlangten Tafelchen sind in Reihenfolge.  
Die Organisation ist sehr schwierig, da wir kein vollständiges  
Mittel haben. Aber wir haben in ihrer Organisation einige  
Fortschritte gemacht und so einen Schimmer von dem Stande  
erhalten, die uns in jeder großen Wissenschaft erhalten.“

Die Schlichter waren bekannte Philosophen und Reife-  
wörter. In einem Tafelchen finden wir die gesamten approxi-  
mation Berechnungen über das Gewicht des Schöpfers. Die  
Berechnungen über die Schichten und Berechnungen der himm-  
lichen Körper gehen davon aus, daß die Menschen des Jahres  
1800 v. Chr. in ihrer Unwissenheit so lebten, wie die  
heute. Es werden gewöhnliche Tafelchen von mathematischer  
Natur enthalten. Tafelchen (z. B. Mathematiktafelchen)  
geben die Rechenarten von über 1000 Jahren. In der Tafelchen  
mathematischer Natur sind 12 mal 12 mal. Die mathematische Tafel-  
chen sind zu lesen. Die Schlichter waren 10 mal 10 mal beim  
Schreiben der Tafelchen. Die Tafelchen sind 10 mal 10 mal  
mathematische Tafelchen sind in der Tafelchen 1000 mal 1000 mal.  
Die Tafelchen sind in der Tafelchen 1000 mal 1000 mal.

Die Tafelchen sind in der Tafelchen 1000 mal 1000 mal.  
Die Tafelchen sind in der Tafelchen 1000 mal 1000 mal.  
Die Tafelchen sind in der Tafelchen 1000 mal 1000 mal.  
Die Tafelchen sind in der Tafelchen 1000 mal 1000 mal.  
Die Tafelchen sind in der Tafelchen 1000 mal 1000 mal.  
Die Tafelchen sind in der Tafelchen 1000 mal 1000 mal.  
Die Tafelchen sind in der Tafelchen 1000 mal 1000 mal.  
Die Tafelchen sind in der Tafelchen 1000 mal 1000 mal.  
Die Tafelchen sind in der Tafelchen 1000 mal 1000 mal.  
Die Tafelchen sind in der Tafelchen 1000 mal 1000 mal.

Dieses Material ähnelt der Geschichte der Genesis sehr, aber man  
erwartet, daß die richtig klassifizierte Geschichte im einzelnen  
weiter ausgearbeitet ist. Als Professor Hilbert vor zwölf  
Jahren bei Beginn der Forschungen zuerst über die Hügel Nip-  
purs rief und darauf hinwies, welcher Erdwall seiner Meinung  
nach die Zempelbibliothek bedeckte, wurde seine Theorie durchaus  
nicht allgemein anerkannt; erst als allmählich viele Tafelchen  
zu Tage gefördert wurden, nahm man seine Entdeckung an.

Die letzte Unberührtkeitspedition, deren wissenschaftlicher  
Leiter er war, bewies dann die Richtigkeit seiner Theorie. Alle  
Tafelchen gehören der Zeit vor Abraham an und sind fast alle  
geschichtlich. Es wurde festgestellt, daß die Bibliothek etwa zu  
der Zeit, da Abraham aus dem Lande der Chalpäer gewandert  
sein soll, zerstört worden ist, und von jener Zeit bis jetzt haben  
sich 25 Fuß hoch Trümmer auf den Ruinen gelagert, die also die  
Ankämpfungen von vier Jahrtausenden sind. —

Kleine Mitteilungen. Das großherzogliche Theater in D D en-  
burg nahm das Drama eines jungen Bremer Schriftstellers  
Joh. Wegand an und wird es demnächst zur Aufführung bringen.  
Das Drama heißt „Rach“ und behandelt die Leiden der  
Mag. Halbes Schauspiel Jugend hat nun auch in Paris seinen  
Eingang gefunden. Die Generalprobe im neu gegründeten kleinen  
Theater International erweckte trotz ganz unzulänglicher Ver-  
stellung lebhaftes Interesse. — Bekanntlich ist der Generalinten-  
dant der königlichen Schauspiele zu Berlin statutenmäßig  
stets der Vorsitzende des Deutschen Bühnenvereins. Mit dem  
Schicksal des Grafen Hoßberg aus seinem Amte hat dies vorläufig  
Freiherr v. Seebach in Schwerin übernommen. — Der Ringer-  
Verband hat nunmehr im Oberbischöflichen des Leiziger  
Städtischen Museums in einem eigens hergerichteten, provisorischen  
Raume Auffstellung gefunden. Das Werk ist bereits der Besichti-  
gung des Publikums zugänglich. Leider steht sich das Ringer-  
Komitee, in dessen Besitz sich das Monument noch befindet, vor-  
läufig genötigt, ein Eintrittsgeld von 3 Mark zu erheben. —  
In der „Kölnischen Zeitung“ hat man folgendes Inserat:  
„In einer fälschlichen Arabien mit Uebertragung des Titels wird  
ein junger Mann (nicht über 35 Jahre alt) gesucht. Aufzuziehen  
war von sehr vermögenden Selbstreflektanten unter J. R. 712 an  
die Stadt. d. H.“ — Ein ungewöhnlicher Zug mehr, wie blaues  
Blut kesselt nicht! — In Paris ist Kupferstich gezeichnet  
gegenüber einer Petition, die dem Präsidenten der Republik über-  
reicht werden soll, und die erbittet, daß der wegen Erwerbung des  
Präsidenten Post zu Frankreich in den Kolonien betretene  
Widerstand begnadigt und keine Strafe in Gefängnishaft  
verurteilt werde. Viele bekannte Males haben die Petition  
unterzeichnet. —

wachenden Beamten hinausgeht, war seitens des Vorstandes beim Herrn Regierungspräsidenten zu Merseburg Beschwerde erhoben worden, die zu aller Bestreben unter dem 13. d. M. als unbegründet zurückgewiesen worden ist. — Öffentlich hat der Vorstand des Bürgervereins gegen die Zurückweisung den weiteren Instanzenweg eingeschlagen.

Natürlich ist den Leuten unrecht geschieden. Sonst passiert das nur den  $\dagger\dagger$  Sozis. —

**Merseburg, 28. Januar.** (Eine Automobil-Omnibusverbindung) will ein Leipziger Ingenieur zwischen Leipzig und unserer Stadt einrichten. Die Konzessionsgesuche sollen bereits bei den Behörden eingereicht sein; irgend welche Schwierigkeiten ständen dem Unternehmen nicht im Wege. Geplant ist ein je zweistündlicher Verkehr in jeder Richtung. —

**Neuhaldensleben, 28. Januar.** (Eine Spitzbuben-gesellschaft) nimmt in hiesiger Stadt und Umgebung des Nachts „Hausdurchsuchungen“ vor. In einem benachbarten Dorfe gelang es ihnen aus einem Stalle fünf Schweine im Gewicht von je 150 Pfund zu erbeuten. In der Nacht zum Sonntag wurden sieben Grundstücke besucht, deren erbrochen usw. Mittels einer von einem der besuchten Grundstücke mitgenommenen Leiter drangen sie in die Wohnung eines Kaufmanns, in welcher letzterer schlief und verwendete aus dessen Bekleidern die Summe von 330 Mark. Mit unglaublicher Dreistigkeit arbeiten diese nächtlichen Besucher; nicht mal die Nähe des Polizeikommissars, welcher ebenfalls in dem Hause, in welchem der Diebstahl ausgeführt wurde, wohnt, scheint ihnen zu imponieren. Vermutet wird, daß man es mit einer auswärtigen Diebsgesellschaft zu tun hat. In einem Baum soll ein Kettel gehangen haben mit der Aufschrift: Wir sind ihrer acht und stehlen jede Nacht. —

**Thale, 27. Januar.** (Eisfahrt.) Nicht zwei, sondern drei Kinder sind gerettet; ungelungen ist die achtjährige Elise Reihhalz. Das Rettungswort haben hauptsächlich der Verwalter des Elektrizitätswerkes Selbmann und der Schlosser Schmelzer vollbracht. —

**Schneebeck, 27. Januar.** (Die Mißstände, Maßregelungen und Lohnreduzierungen auf der chemischen Fabrik „Germania“.) Am Sonntag den 25. Januar fand eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung in der „Reichshalle“ statt. Die Tagesordnung lautete: „Die Lohnreduzierungen auf der chemischen Fabrik „Germania“ und die Handlungsweise der Direktion sowie des Betriebsleiters Dr. Rüdert.“ Hierzu nahm Kollege Dannehl das Wort. Redner führte aus, daß die Kulturhöhe und die geistige Entwicklung einer Nation von der Lebenshaltung der Bevölkerung abhängt; um an den Kulturerrungenschaften teilnehmen zu können, sei es notwendig, daß die Arbeiter sich koalieren. Wäre das auf der chemischen Fabrik in der Weise geschehen, wie es der Würde des Arbeiters entspräche, dann wäre es nicht möglich, daß Lohnreduzierungen und Maßregelungen dort stattfinden könnten. Die Gleichgültigkeit der nicht organisierten Arbeiter sei schuld daran. 1897 wurde das 100jährige Bestehen der Fabrik gefeiert; bei dieser Gelegenheit wurden an die dort beschäftigten Arbeiter 5—18 Mark, an die Herren Beamten und Werkmeister aber 500—10000 Mark verteilt; aber an eine Aufbesserung der Arbeitslöhne habe keiner der Festgeber gedacht.

Einer scharfen Kritik unterzog Redner ganz besonders die Herren Dr. Rüdert und Werkmeister. In den Riesöfen müßten die Arbeiter das Jahr über 365 Tage arbeiten und hätten keinen einzigen freien Sonntag. 108 Stunden Arbeitszeit in einer Woche sei nichts Seltenes. Auch die Handlungsweise des Herrn Dr. Rüdert unterzog Redner einer scharfen Kritik. Herr Werkmeister, der jeden Sonntag in die Kirche geht, hat Arbeiter, die schon annähernd 20 Jahre dort beschäftigt waren, entlassen. Zweien davon ging das so zu Herzen, daß sie sich das Leben nahmen, und jetzt ist ein Arbeiter Dannehl, welcher 11 Jahre seine besten Kräfte dort geopfert hat, ohne daß man einen Grund anzugeben für nötig hielt, entlassen worden. Im Interesse der Arbeiter liege es, diese Mißstände der Gewerbeinspektion zu unterbreiten. Ebenfalls kritisierte Redner scharf das Verhalten der Oberarbeiter Stein, Gbdecke jun. und sen., auch der Herren Hillmer und Zobel hier den Arbeitern gegenüber. Letzterer erlaubt sich unziemliche Redensarten gegen die Arbeiter usw. Diesen Mißständen müsse ein Damm entgegengeführt werden, und das könne nur dadurch geschehen, wenn alle Arbeiter sich organisieren. —

**Solberg (Harz), 28. Januar.** (Unfall oder Selbstmord?) Der soeben erst zur Nachfolge seines Vaters berufene Fürst Wolfgang wurde im Park seines Schlosses in Kottlberode, das Jagdgewehr neben sich, erschossen aufgefunden. Der Fürst war erst wenige Tage regierender Graf. —

**Kleine Nachrichten aus dem Lande.** Erschossen hat sich in Naumburg der Rechtsanwält Dr. Förstich, der Sohn des Senatspräsidenten Förstich am Reichsgericht. — In Leopoldsdorf bei Staßfurt verjagte ein circa 18jähriger Lehrling L. aus einem Manufakturgeschäft seinem Leben durch Erhängen ein Ende zu machen. Er brachte sich einen Schuß in die Brust bei und wurde schwer verletzt in seine elterliche Wohnung gebracht. — Am Sonntag stürzte der Gärtner Olsenburg in Ergleben so unglücklich von einer Leiter ab, daß er noch am gleichen Tage infolge der schweren Verletzungen verstarb. — Am Dienstag herumkündete beim Nachhausegehen der Oekonom Otto Nitzling in Goslar am Harz. Er stürzte von einer ganz geringen Höhe, geriet mit dem Kopf auf die Erde und brach sich das Genick. — In Nagah entstand am Dienstag in dem Wohnhause des Maurermeisters Kalenmacher ein Schadenfeuer; das Haus wurde eingeeäschert. — Vom Personal des Güterzuges 6205 wurde am Montag früh 8¼ Uhr zwischen Stendal und Gämern in unmittelbarer Nähe des Kilometersteins 32,8 ein schwerer Unfall Mann aufgefunden, der allem Anschein nach aus dem Personenzuge, der vorher dieselbe Strecke passiert hatte, gestürzt sein dürfte. Es ergab sich, daß es der Wajiter Heinrich Holstein aus Nordsleben bei Weferlingen war. — Sonnabend vormittag überfiel sich in der Reithahn in Gardelegen beim Reiten der im zweiten Jahre dienende Man Müller von der 2. Schwadron mit dem Pferde. Leider kam Müller so unglücklich zu Fall, daß er eine schwere Querschnitts-Verletzung des Magens, hervorgerufen durch den Druck des Sattelkopfes, davontrug. Er mußte bald in das Garnisonlazarett gebracht werden, wo er noch am selbigen Abend seinen Verletzungen erlag. — Annähernd 1000 Mark sind dem an Gehirnkampf verstorbenen Hausbesitzer Wilhelm Rahmann in Stöten Leben gestohlen, während er todtkrank im Zimmer lag.

### Vermischte Nachrichten.

\* **Anna Nothe unschuldig?** Zum Fall Nothe veröffentlicht der bekannte italienische Decultist Signor de Besme in der Pariser „Revue des Etudes psychiques“

journalistische Enthüllungen. Hiernach hätte kein geringerer als der Untersuchungsrichter selbst (!) geäußert, er sei von der Mediumschaft der Anna Nothe felsenfest überzeugt; ja, der Untersuchungsrichter habe dies dem Gewährsmann selbst gesagt. Wir erfahren aber noch mehr: daß nämlich Dr. Nothe in der Charite mit der Nothe Séances abhielt, wo Apoplexie laut wurden und sich nicht etwa Blumen — o Mann, die Zeiten haben sich geändert! — aber... Steinhörner seltsamen Manifestationen der Geisterwelt vor Augen ausschütteten, verweigerte die gekränkte Nothe jede weitere Sitzung. Der Kuriosität wegen sei noch erwähnt, wie die Berliner Freunde der Anna Nothe das Auffinden von Blumen und Drangen bei dem überauschten Medium erklärten. Die Sache liegt ganz einfach: Die Röcke des Mediums bildeten nämlich das „Dunkelkabinett“, wo sich die betreffenden Apparate „materialisierten“. Nach dieser Theorie wird künftig kein Juwelen- oder Uhrendieb mehr bestraft werden können, denn wer bürgt dafür, daß die „gestohlenen“ Gegenstände sich nicht einfach in der Westentasche des harmlosen Diebes — als „Dunkelkabinett“ — materialisiert haben? Und nur in größeren Materialisationsfällen, zum Beispiel beim Pferdediebstahl, werden die Angaben des Diebes widerlegbar sein. —

\* **Auf Sylt** scheint die friesische Sprache gewaltig an Boden zu verlieren. Von den 181 Schülkinder des Kirchdorfes Reikum sprechen jetzt 68 deutsch, 97 friesisch und 16 dänisch. Eine Statistik aus dem Jahre 1889 bietet ein andres Bild. Damals zählte Reikum 175 Schülkinder, von denen aber nur 4 deutsche Muttersprache hatten; 4 sprachen dänisch, während die übrigen 167 fast ausschließlich der friesischen Sprache sich bedienten. In dem genannten Orte ist also ein sehr starker Rückgang des Friesischen festzustellen. Da es in den anderen Dörfern der Insel nicht viel besser steht, so kann bald der Tag kommen, wo kein Mund mehr gesund wird, der noch die friesische Sprache spricht. Die Zunahme der dänisch sprechenden Kinder ist nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ auf Einwanderung zurückzuführen. —

\* **Eine böse Wette.** Auf dem japanischen Dampfschiff „Wakasa Maru“, erzählt der „Sontag Telegraph“, befand sich ein Heizer, der sich immer zu allen möglichen Streichen aufgelegt zeigte. Als sich das Schiff eines Tages bei ganz glatter See und ruhigem Laufe dem Lande näherte, sah der Kapitän von der Brücke aus eine größere Zahl von Menschen eifrig über die Reeling nach der Schiffswand blicken. Er schickte einen Offizier hinunter, der sich nach dem Grunde erkundigen sollte. Nach einiger Zeit kam dieser zurück und berichtete, der Heizer läge mit dem ganzen Körper in einer Stüchspalte (Schiffsfenster); er könne weder vorwärts noch rückwärts und wäre bereits sehr erschöpft. Der Kapitän begab sich darauf selbst an Ort und Stelle, wo er befahl, den Mann zu entkleiden und mit Fett einzureiben. Darauf zog man wieder mit allen Kräften an ihm, aber vergebens. Inzwischen begann das Meer unruhiger zu werden, so daß dem Unglücksmenschen die Wellen über den Körper gingen. Schließlich blieb nichts andres übrig, als die ganze Stüchspalte von dem Schiffszimmermann herausschneiden und dann die Deffnung anderweitig verstopfen zu lassen. Der Mann war somit befreit, hatte aber einen Ring um den Leib, der auch jetzt nicht abgestreift werden konnte, weil der Körper durch die längere Zeit fortgesetzten eifrigen Befreiungsversuche arg geschwollen war. Man ließ den Heizer deshalb für eine Weile in den Gefrierraum gehen, und dies hatte wirklich den gewünschten Erfolg. Die aufregende Geschichte war durch eine Wette veranlaßt worden. Der Mann hatte sich anheißig gemacht, durch eine nur zehn Zoll weite Stüchspalte sich durchzuwinden und dann wieder hereinzukommen. —

### Kleine Chronik.

#### Geborene Ordnungssäule.

Unter dem Verdacht schwerer Sittlichkeitsverbrechen wurde der zweite Obermeister der Berliner Schuhmachergesinnung, Schuhmachermeister Louis Schumann aus der Brätherstraße 45, verhaftet. Der im 70. Lebensjahre stehende S. steht im Verdacht, mit minderjährigen Mädchen unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben. In Abwesenheit seiner ebenfalls schon betagten Frau soll Schumann in seinen Laden Mädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren aus der Nachbarschaft hereingelockt und dort sich an ihnen vergangen haben. —

#### Feuer in einem Irrenhause!

In dem im Norden Londons belegenen Irrenhause Colney Heath brach gestern in einem provisorischen Anbau, in dem eine große Anzahl Frauen untergebracht ist, Feuer aus, das bei dem starken Winde, der herrschte, schnell um sich griff. Mehrere Insassen des Irrenhauses sind entzündungen. Bisher ist festgestellt, daß 54 Personen bei der Feuerbrunst umgekommen sind. In der Abtheilung, wo das Feuer früh 5¼ Uhr ausbrach, waren etwa 600 irrsinnige jüdische Frauen untergebracht; nach vier Stunden war der Brand gelöscht.

Herzerzerrende Szenen spielten sich nach dem Brande ab. Die geängstigten Angehörigen der Irrenhause belagerten sämtliche Zugänge, weinten und verlangten Auskunft, die ihnen jedoch in vielen Fällen von den Beamten nicht gegeben werden konnte. Die Wärter hatten die größte Schwierigkeit, den erschreckten Insassen zu helfen. Viele waren so von Schreck überwältigt, daß sie tatsächlich nach einem sicher gelegenen Orte getrieben werden mußten. Gleichwohl gelang es den Angestellten, die manchmal in dem dichten Rauch fast erstickten, den größten Teil der Irrenhause in das Hauptgebäude zu bringen. Von dem Anbau sieht man nur noch einige rauchende Trümmerhaufen.

Einem Telegramm der „Frankf. Ztg.“ aus London zufolge werden seit dem Brande 72 Irrenhause vermisst. Von den Krankenpflegerinnen ist keine umgekommen.

Die meisten Patientinnen begriffen die Gefahr nicht und verbrannten in ihren Betten. —

**Kleine Tageschronik.** Der 800 Fuß hohe Berg des Mont Pelée auf Martinique ist eingestürzt und brachte 200 englische Touristen in große Gefahr. — Die Zentralfabrik in Allschwil bei Basel, bei 800 Arbeiter beschäftigt, ist gänzlich niedergebrannt. Der Schaden wird auf 2 Millionen Frank geschätzt. 200 Arbeiter sind brotlos. — In dem russischen Ort Molwino (Gouvernement Kostroma) brannte das Polizeiarresthölzchen nieder und zwei Arrestanten, die wegen Trunkenheit eingeliefert worden waren, fanden den Tod in den Flammen. — Der Bankier Hermann Wulff, der vor einiger Zeit aus Dortmund nach Berlin überbestellte, wurde auf Requisition der Deutschen Staatsanwaltschaft verhaftet. — In dem Wasserwerk bei Gogor von Nöbde röhrt ein Hausmord verübt worden. — Das Schwurgericht Kiel beurteilte den Goldarbeiter Luge wegen Falschmünzerei zu 5 Jahren 2 Monaten Zuchthaus. — Einem Telegramm aus Wilton zufolge verhaftete die Polizei den Hamburger Barbier Reukla, in dem man den Urheber der letzten Messerattentate gegen Frauen und Mädchen vermutet. — Die russische Polizei entdeckte in einem Vorort von Lodz eine Falschmünzwerkstatt. Als sie zur Verhaftung schreiten wollte, krank der eine der zu Verhaftenden Gift, dem er bald im Hospital erlag. Zwei andre Personen konnten zur Polizei gebracht werden. — Der Gerichtsnotar Mayer in Stuttgart ist wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit flüchtig. — Wie aus Brüssel telegraphisch wird, tödete gestern früh in dem Vororte Koelleberg ein Bierbrauer in einem Irrenhause seine Frau durch Messerschläge. Der Täter wurde einer Irrenanstalt überliefert. —

### Bereins-Kalender.

Zeigen unter dieser Rubrik Kosten pro Seite 5 Pf., die vorher zu bezahlen sind.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungskomitee Magdeburg.** Versammlungen finden statt: Sonnabend den 31. d. M. abends 8½ Uhr: Bezirk Döbenstedt im Lokale des Herrn Schütz. — Branchenversammlung der Schmiede in der „Bürgerhalle“, Knochenhauermeisterstraße 27/28. — Sonntag den 1. Februar, vorm. 11 Uhr: Gebrüdervereinigung der Metallarbeiter aller zur Verwaltung Magdeburg gehörigen Bezirke in „Luisenpark“, Göttingerstraße 10. Siehe auch Interat in nächster Nummer. —

### Marktberichte.

**Magdeburg, 24. Januar.** (Mittliche Notierungen.) Die Notierungen beziehen sich auf die Netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer Sommer-unterschied, gut 150—158, mittel 145—148, gering bis 135. Weizen-Sommer, gut 162—165, do. Rauß- gut 142—145, mittel 138—141, gering bis 132, do. ausländischer gut 170—178. — Roggen ungarischer, unteränd., gut 136 bis 139, mittel 132—136, gering bis 120, do. ausländischer gut 142—145. — Gerste hiesige Chevaliers, unteränd., gut 132—135, mittel 144 bis 150, gering 125—138, Landgerste, gut 132—135, mittel 136—140, gering 128—135, ausländische Futtergerste, gut 122—124. — Hafer, inländischer, still, gut 144—148, mittel 140—142, gering bis 125. — Mais, runder, unteränd., gut 136—138, amerikanischer unter, gut 139. — Erbsen, hiesige Victoria, unteränd., gut 135—140, mittel 170—182, do. grüne Folger gut 215—230, mittel 205. —

### Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
	26. Jan.	27. Jan.	26. Jan.	27. Jan.
<b>Straußfurt</b>	+ 1.20	+ 1.40	—	0.20
<b>Trötha</b>	+ 2.04	+ 2.16	—	0.12
<b>Alstedden</b>	+ 3.55	+ 3.44	0.11	—
<b>Bernburg</b>	+ 1.40	+ 1.60	—	0.20
<b>Salze, Oberpegel</b>	+ 1.62	+ 1.68	—	0.06
<b>do. Unterpeg.</b>	+ 0.98	+ 1.20	—	0.22
<b>Yfer, Eger, Weidau.</b>				
<b>Jungblumau</b>	- 0.20	- 0.08	—	0.28
<b>Saun</b>	+ 0.32	+ 0.20	0.12	—
<b>Budweis</b>	+ 0.14	+ 0.21	—	0.07
<b>Prag</b>	- 0.42	- 0.28	—	0.14
<b>Mulbe.</b>				
<b>Deffau</b>	- 0.22	- 0.45	—	0.23
<b>Wulbedritze</b>				
<b>Elbe.</b>				
<b>Brandebis</b>	+ 0.06	+ 0.20	—	0.14
<b>Wandels</b>	+ 0.54	+ 0.58	—	0.04
<b>Melmit</b>	- 0.36	- 0.46	0.10	—
<b>Belmeritz</b>	- 0.40	- 0.35	—	0.75
<b>Müßig</b>	+ 2.35	—	—	—
<b>Dresden</b>	+ 1.68	- 1.49	—	0.19
<b>Torgau</b>	+ 0.20	+ 0.22	—	0.02
<b>Wittenberg</b>	—	+ 1.05	—	—
<b>Hoflau</b>	+ 0.47	+ 0.52	—	0.05
<b>Barby</b>	+ 0.56	+ 1.10	—	0.14
<b>Schönebeck</b>	+ 0.75	+ 0.82	—	0.07
<b>Magdeburg</b>	+ 1.02	+ 1.10	—	0.08
<b>Langerhölde</b>	+ 1.74	+ 1.62	0.12	—
<b>Wittenberge</b>	+ 1.40	—	—	—
<b>Domitz, Pegel</b>	+ 2.02	+ 1.57	0.45	—
<b>Lauenburg</b>	+ 3.10	+ 4.02	—	0.82
<b>Saale.</b>				
<b>Brandenburg</b>				
<b>Oberpegel</b>	+ 2.26	+ 2.23	0.05	—
<b>do. Unterpegel</b>	+ 1.70	+ 1.70	—	—
<b>Kathenow</b>				
<b>Oberpegel</b>	+ 1.77	+ 1.62	0.15	—
<b>Unterpegel</b>	+ 1.25	+ 1.34	—	0.06
<b>Sabelberg</b>	+ 2.25	+ 2.21	0.04	—
<b>Ober.</b>				
<b>Koßel</b>	+ 0.31	+ 0.31	—	—
<b>Brieg, Oberpegel</b>	+ 4.86	+ 4.54	0.02	—
<b>do. Unterpegel</b>	+ 1.94	+ 1.74	0.20	—
<b>Breslau Oberpeg.</b>	+ 4.84	+ 4.90	—	0.06
<b>do. Unterpegel</b>	- 0.98	- 1.10	0.12	—
<b>Frankfurt</b>	+ 0.92	+ 1.20	—	0.28
<b>Küstrin</b>	+ 1.77	+ 1.77	—	—

# Helden der Menschheit

Lebensbeschreibungen weltgeschichtlicher Persönlichkeiten

mit 145 Abbildungen

— eleganter Prachtband —

statt 6.50 Mk. jetzt nur 4.00 Mk.

empfehlen die

**Buchhandlung Volksstimme**

Magdeburg, Göttingerstraße 49.



Die Kammer beginnt ihre Sitzungen am Mittwoch. Der erste Beratungsgegenstand ist die Unfallversicherungsgesetzgebung. Der Arbeitsminister Francotte ist gegen die obligatorische Versicherung. Da aber ein großer Teil der Merkanten für das Obligatorium eintritt, so ist es möglich, daß dieses im Verein mit den Sozialisten doch durchgehen wird.

### England.

#### Deznabigung Lynchs.

Wie die „Echo“ Teleg. Comp. zu berichten weiß, wird das Todesurteil gegen den Obersten Lynch zunächst in lebenslängliche Haft verwandelt und auch diese nach einigen Jahren aufgehoben werden.

Einige Blätter berichten, Lynch wäre zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt. — Diese Grausamkeit glaubt man nicht; auch die obige Meldung beweist schon eine bedauerliche Barbarei gegen den irischen Idealisten.

### Marokko.

#### Der Sultan regierungsmüde?

Die Truppen des Sultans und die Rebellen stehen sich augenblicklich in der Nähe von Fez gegenüber. Es haben bereits einige Scharamügel stattgefunden. Unter der Bevölkerung herrscht große Beunruhigung, da die Zahl der Rebellen, die der Regierungstruppen bedeutend überlegen soll. Der Sultan soll regierungsmüde sein und beabsichtigen, den Kampf aufzugeben.

### Asien.

#### Die Antwort auf die chinesische Note.

Die Gesandten der Mächte bereiten eine Antwort auf die letzte chinesische Note vor. Sie sehen in derselben davon ab, in der Frage des von China vorgeschlagenen Verzichts auf Zahlung der durch den Silberpreisfall entstandenen Erhöhung der Entschädigungssumme eine die Mächte bindende Stellung zu nehmen. Geringer wird die Note Befriedigung darüber ausdrücken, daß China tatsächlich zugibt, daß die Schuld auf der Goldbasis besteht und die Erklärung anschließt, daß der Vorschlag, die Zölle auf der Goldbasis zu erheben, undurchführbar sei.

Die englische, die amerikanische und die französische Gesandtschaft erheben förmlichen Einspruch gegen die Ernennung Sultans zum Gouverneur von Schansi, da seine Mitschuld an der Ermordung der Missionare in Hunan erwiesen sei.

**Kleine politische Nachrichten.** In Dresden findet heute in Sachen der Ehetrennung des sächsischen Kronprinzenpaares die Verhandlung vor dem König Georg eingetragten Sondergerichtshof statt. — Der französische Senat hat die Wahlen Andrieux und Fruchiers für ungültig erklärt. — In einer gemeinsamen Sitzung des schwedischen und des norwegischen Ministerrats hat der Kronprinz die Regentschaft übernommen. — Der italienische Staatsminister Di Roglio hat aus Gesundheitsrücksichten die Entlassung nachgesucht. — Der neue russische Konjul in Mitrowiza Siskerbin ist dort eingetroffen und in programmatischer Weise empfangen worden. Ein Zwischenfall ereignete sich nicht. — Der Gouverneur von Tschernigow Andrejewskij ist zum Chef der russischen Post- und Telegraphen-Hauptverwaltung ernannt worden. — Auf den Philippinen soll eine aus Freiwilligen bestehende Streitmacht bei dem Versuch, die Mauer aus der Provinz Zamboanga zu verteidigen, geschlagen worden sein wobei drei Amerikaner getötet wurden.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Wie Unternehmer Wort halten.** Unter den Bedingungen, die bei Beendigung des Meeraner Weberstreiks, die zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Fabrikanten vereinbart wurden, befindet sich auch die, daß die Fabrikanten sich verpflichten, erst dann fremde Arbeitskräfte einzustellen, wenn alle am Streik beteiligten Personen wieder in Arbeit stehen. Noch sind nicht alle Streikenden wieder in den Fabriken. Trotzdem wird aber der Versuch gemacht, Weber von auswärts heranzuziehen. Der „Chemnitzer Volksstimme“ lag folgende Karte des Fabrikanten Herrn C. J. Bemann an einen Weber in Utsch vor:

Meerane, 20. Januar 1903.

Ihre gestrige Karte habe ich erhalten und werde Sie am 26. d. M. wie geschrieben erwarten. Bringen Sie wenn möglich noch einige tüchtige Kollegen mit. Das Fahrgehalt 6,50 Mark werde ich vergüten. Wenn Sie mir schreiben, wenn und mit wieviel Mann Sie kommen, so würde ich mich nach Wohnung umsehen.

Wie der Augenschein lehrt, nimmt man es in Fabrikantenkreisen nicht sehr ernst mit der Durchführung der Einigungsbedingungen. Die Bekanntgabe dieser Tatsache wird hoffentlich den Erfolg haben, daß kein Textilarbeiter Arbeitsangebote von Meerane annimmt, bevor nicht diejenigen, welche noch vom Streik her arbeitslos sind, wieder in Arbeit stehen. Aber auch vom Bürgermeister, unter dessen Leitung die Einigungsbedingungen geschlossen sind, werden die Fabrikanten hoffentlich belehrt werden, daß man eingegangene Verpflichtungen zu halten hat.

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 28. Januar 1903.

**Achtung, Gewerkschaftsvorstände!** Die Karten für den am 12. Februar im „Luisenpark“ projektierten Lichtbilder-Vortrag des Herrn Laube aus Leipzig sind im Sekretariat abzuholen. Gerade dieser Vortrag bietet den Besuchern außerordentliches und angelegentliches des niedrigen Eintrittspreises, der nur 20 Pfg. pro Person beträgt, dürfen wir wohl eine recht rege Beteiligung der Gewerkschaftsvorstände am Vortragsvertrieb erwarten. Allerdings muß durch den Vorverkauf der Karten für zahlreichen Besuch gesorgt werden. Die Verwendung der Karten durch die Post ist nicht ausführbar. Darum bitten wir, dieselben vom Sekretariat abzuholen.

Der Kartellvorstand.

**Achtung, Handlungsgehilfen!** Am Mittwoch den 4. Februar 1903, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, soll in der Reichskrone, Jakobstraße 42, eine Versammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands, Bezirk Magdeburg, stattfinden, in welcher zu dem Gesetzentwurf der Reichsregierung betr. Kaufmannsgerichte Stellung genommen werden soll. Wer da nicht will, daß nur unvollkommenen Schutz den Kollegen durch dieses Gesetz geboten wird, der gehe in die Versammlung und erhebe seine Stimme zum Protest gegen unzulängliches

und zur Förderung für Vollkommenes. Wenn nicht alle Kollegen eintreten und Farbe bekennen, wird es dahin kommen, daß der gute Wille der Reichsregierung durch die im Reichstage dominiierenden Vertreter des Unternehmertums nicht zur Geltung kommt. Doch nicht nur im Unternehmertum allein sind die Feinde der Kaufmannsgerichte zu suchen, auch die Juristen wollen ein ihnen bisher zur Verfügung stehendes Einflußgebiet nicht leichtem Kaufes freigeben und alles daransetzen, daß die Wirkungen des Gesetzes für sie nicht allzu nachteilig werden.

Der Handlungsgehilfe hat aber einen berechtigten Anspruch auf den weitgehendsten und vollkommensten Schutz durch die geplanten Berufsgerichte und muß demgegenüber jetzt nachdrücklich dafür eintreten, daß die Forderungen des auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands zu Hamburg, der von Anfang an für die Errichtung der kaufmännischen Schiedsgerichte am energischsten eingetreten ist, Beachtung finden. Diese Beachtung wird eintreten, wenn alle Handlungsgehilfen in die Versammlung kommen und sich dafür erklären!

**Scharfmacherjudeleien.** Die „Arbeitgeber-Zeitung“, die die Beschimpfung und Verleumdung der organisierten Arbeiter und ihrer Vertreter in ein System gebracht hat und gewissermaßen zur Sammelgrube aller Unternehmervorfällen und -Freivolitäten geworden ist, zitiert in einer ihrer letzten Nummern auch über den Terrorismus in den Ortskrankenkassen. Da auch ein Magdeburger Schmutzblatt den Artikel abdruckte, sei derselbe hiermit gebührend niedriger gefügt. In dem Artikel wird nämlich alles Ernstes behauptet, die Vorstände der Ortskrankenkassen unterständen der Aufsicht von „jogenannten Kommissionen“, die „einen unzweideutigen politischen Einfluß auf die Verwaltung der Kassen auszuüben versüßen“ seien. Selbst Vorschriften würden den eventuellen Vorstandskandidaten seitens dieser Kommissionen gemacht, wonach erstere unter anderem nur im Sinne der Kommission zu wirken und alljährlich Bericht an dieselbe zu erstatten sich verpflichten, auch müßten sie auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen. Natürlich stehen die gewählten Vertreter der Arbeiter auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung. Das ist ganz selbstverständlich. Aber die „Kommissionen“ sind gemeine Erfindungen der scharfmacherischen Verleumderlique, die von ihr gerade wider besseres Wissen geflüstert verbreitet werden. Man will aber wegen der in Aussicht stehenden Reform des Krankentassegesetzes ein bißchen gegen die Selbstverwaltung der Arbeiter hehen. Man lese nur folgende Perfidie:

„Daß unter solchen Umständen die Sozialdemokraten immer mehr danach trachten, in der Verwaltung vollständig zu dominieren, ist leicht erklärlich, und es kann daher nicht wunder nehmen, wenn sich in einer solchen Kassenverwaltung die sonderbarsten Dinge ereignen. Handelt es sich heute noch darum, den Kassenvorstand mit Sozialdemokraten zu besetzen, so kann morgen schon die Frage aufgeworfen werden, ob nicht vielleicht ein Unterschied in der Gewährung der Unterstützung auch bei den Mitgliedern gemacht werden soll, die nicht als „Genossen“ bekannt sind. Es lassen sich schon jetzt Beispiele dafür anführen, daß man einem Parteigänger willfähriger entgegenkommt, als wenn es sich um jemand handelt, der nicht zu den „Genossen“ zählt.“

Das ist die niederträchtigste Verleumdung, die es gibt. Und dann ist ja auch eine solche Klassifizierung unmöglich; denn die Aufsichtsbehörde würde das schon verhindern. Vielleicht interessiert es, bei dieser Gelegenheit zu konstatieren, daß ein Dresdner Unternehmer kürzlich gezwungen wurde, öffentlich im „Dresdner Anzeiger“ und in der „Arbeiter-Zeitung“ Beschuldigungen ähnlicher Art zurückzunehmen.

Hoffentlich wird der „Arbeitgeber-Zeitung“ bald Gelegenheit gegeben, ihre fortwährenden gemeinen Schwindeleien zu beweisen. Damit wären dann gleichzeitig alle die an den Schandpfahl gestellt, die dem Blatt diese Lügenmärchen nachdrucken. Gewisse Magdeburger Blätter kämen dann allerdings in arge Verlegenheit.

**Eine blamable Bankrotterklärung** ist der uns soeben eingehende Jahresbericht der Magdeburger Kirche Dunderschen. Er umfaßt genau 67 Zeilen und enthält auch nicht ein einziges bemerkenswertes Wort über die „Erfolge“ des Ortsverbandes. Mitgeteilt wird neben andern Nebenwichtigen nur, daß einmal in den Versammlungen über — Sudeermann, und einmal über — „Salzablagerungen in der Provinz Sachsen“ referiert worden sei und daß eine Frau Herbst einmal über die Organisation der Frauen gesprochen. Aber Erfolge will ja diese sonderbare Organisation auch gar nicht. Der „gemein-jame Kohlenverkauf“, der Besuch des Museums usw. erscheint den Leuten schon als etwas Großes und für die Gewerkschaftsbewegung Nützliches. Zum Schluß spricht der Bericht dann folgenden ungewöhnlichen „Wunsch“ aus:

„Wünschen wollen wir, daß auch andre Behörden nicht uns protegierten — einen besonderen Vorzug verlangen wir nicht — sondern sich einmal eingehend mit unsern Bestrebungen beschäftigen, damit wir in der Öffentlichkeit mehr Beachtung und Verständnis begegnen wie bisher, es dürfte volkswirtschaftlich Staat und Gemeinde zum Segen gereichen.“

So ist's recht! Wenn man bei den Arbeitern keinen Anhang findet, geht man zu den Behörden, zu der Polizei, den Gerichten, den Pfarrämtern und Steuerämtern usw. Und das nennt sich dann noch frey: Arbeiter-Organisation! Es ist kein Wunder, daß selbst der stumpfsinnigste Arbeiter von dieser „Organisation“ nichts mehr wissen will.

**Einen seltsamen Unfall** erlitt der Arbeiter Joh. Steubing aus Bismarck heute früh dadurch, daß, als er auf einem Wagen saß, plötzlich ein Schwengel brach und ihm gegen den linken Fuß schlug. Der Arbeiter erlitt dadurch einen Knochenbruch und mußte der Krankenanstalt Eudenburg zugeführt werden.

**Eine Sehenswürdigkeit** erlitt vor einigen Tagen der Arbeiter Fr. Käferling dadurch, daß ihm ein Stück Holz auf den Fuß fiel. Das Nebel verschlimmerte sich jetzt derart, daß er der Krankenanstalt Eudenburg zugeführt werden mußte.

**Vom Wagen gefallen** ist am Sonnabend die Witwe Auguste Janke aus Jermersleben, wobei sie einen Bruch des rechten Oberarmes erlitt. Sie wurde gestern in die Krankenanstalt Eudenburg eingeliefert.

**Ein Großstadt-Blindstich.** Der Sozialdemokrat Friedrich Finte in Neustadt, Schloßstr. 18, ist mit dem ihm mit dem in der Post unter obiger Spaltennummer (Nummer vom 28. Januar) genannten Finte nicht identisch. Ferner sei der dort genannte Arbeiter Theil nicht bei ihm beschäftigt gewesen, sein Gehilfe heißt vielmehr Schilling.

## Letzte Nachrichten.

(Herald, Depeschen-Bureau)

**Frankfurt a. M., 28. Januar.** Die „Frankf. Btg.“ meldet aus München: Die Delegierten-Versammlung des bayerischen Zentrums ist überaus stark besucht. Fast alle Abgeordnete sind anwesend; die meisten Reichstagsabgeordneten reisten wegen der morgen stattfindenden Reichstags-Präsidentenwahl wieder ab. Die Schaffung eines bayerischen Partei-Syndikats wurde im Prinzip beschlossen, die Ausführungs- und Finanzierungsfrage jedoch vorbehalten.

**Washington, 28. Januar.** Der englische Gesandte hat in Gemeinschaft mit dem deutschen und italienischen folgende Erklärung abgegeben: Da ein Morgenblatt behauptet, daß Meinungsverschiedenheiten unter den drei Mächten über die venezolanische Frage ausgebrochen seien, so erklären wir hiermit, daß diese Behauptung unbegründet ist und daß die Vertreter der drei Mächte über jedes Vorgehen in Venezuela in vollstem Einverständnis gehandelt haben und noch handeln.

**Madrid, 28. Januar.** Der „Heraldo“ meldet aus Melilla, zwei flüchtige Juden aus Tazza seien dort eingetroffen. Die Kabylenstämme haben sich dem Präsidenten angeschlossen. Man glaubt, daß eine große Schlacht unmittelbar bevorsteht. Einer Nachricht aus Sid-Abbas zufolge, wurde am 21. d. M. heftiges Geschützfeuer in der Nähe von Tazza vernommen. — Au der Westküste von Marokko wird emsig Handel mit Kriegskontorbaude getrieben.

**Caracas, 28. Januar.** Die Aufhebung der Blockade für morgen scheint sich zu bestätigen. Mehrere Banken aus Buenos Aires sollen die notwendigen Gelder zur Verfügung stellen.

**Wien, 28. Januar.** Die „Wiener Btg.“ veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung, laut welcher der Kronprinzessin von Sachsen alle Rechte einer österreichischen Erzherzogin und alle Ehren und Würden entzogen werden. (Worauf sie Lustig freiwillich verzichtet hat!)

**Rom, 28. Januar.** Der „Avanti“ (sic) behauptet, Ciron sei in Rom eingetroffen, um einen ihm bestreuten Kardinal für seine Sache zu gewinnen.

**Madrid, 28. Januar.** Der General de Bourbon wird vor das oberste Kriegsgericht gestellt werden. — Der französische Vize-Konjul hat die Möbel der Humberts beschlagnahmt und deren Versteigerung ankündigen lassen.

**Paris, 28. Januar.** (Fig. Draht.) Die Stellung des Ministerpräsidenten Combes gilt infolge seiner gestrigen Erklärung über die katholische Moral in politischen Kreisen als erschüttert.

**Paris, 28. Januar.** (Fig. Draht.) Aus Toulouse wird gemeldet: Im benachbarten Seiches wurden die Leichen eines jungen Priesters und eines 18-jährigen Mädchens mit durchschossenen Köpfen tot aufgefunden. Die Eltern des Mädchens hatten bemerkt, daß der Priester sich für dasselbe interessierte. Sie beschwerten sich beim Bischof und sollte in den nächsten Tagen die Verfertigung des Priesters erfolgen. Der Priester hatte zuerst das Mädchen, dann sich selbst erschossen.

## Briefkasten.

**D. S. Magdeburg.** Genosse Pohlmann ist uns in der Redaktion unbekannt.

**Groß-Otterleben.** 14. Februar einberufen. Bitte um Angabe des Themas.

**Eudenburg.** Genosse A. hat von der Tatsache, daß er verhindert war, zu referieren, den Genossen Heimung und Bismarck rechtzeitig Mitteilung gemacht.

**Schönebeck.** Manuskript nie mit Bleistift schreiben. Die Setzer verderben sich die Augen sowie noch früh genug!

# Trauer-Hüte

in modernster Ausführung und  
grösstem Formen-Sortiment.

**Trauer-Schleier**  
**Crêpes, Flore**  
**Kostümröcke, Blusen**  
**Handschuhe etc.**

## Lange & Münzer

51a Breiteweg 51a

# H. LUBLIN

**Sonder-Preise** — **Donnerstag**  
**Freitag**

---

**Ein Posten:**

ca. **3000** **Pfund**

**wollene Strickgarne**  
schwarz, grau- und braunmeliert  
fehlerfrei und haltbar . . . . . **Pfund 1.35**

---

ca. **3000** **Meter**

**Wachstuchreste**

---

ca. **750 Regenschirme**

**Köper- und Gloria-Schirme** für Damen und Herren mit kleinen Webfehlern **Stück 1.25**  
**Nickel-Regenschirme** **Stück 2.50**  
Nickelstuck, Paragon-Gabelgestell, Gloria Bezug und halbschönes Futteral